

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- Die deutsche Türkeipolitik in der Krise
- An sorgfältiger Sach- und Detailarbeit und mühsamen Verhandlungen über einen „weichen“ Brexit führt wohl kein Weg vorbei
- G 20 in Hamburg: 76 000 mal Hoffnung
- Dr. Harald Pätzolt: Die Parteien am Point of Sale
- Kalenderblatt 9. Oktober 1981: Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich

Ausgabe Nr. 8 am 3. August 2017, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation



Ein 13-jähriger Junge sortiert an einem See der Demokratischen Republik Kongo Steine, die Kobalt enthalten.
(Bild: amnesty)

Konfliktmineralien, Kobalt, Kongo

2014 ist mit dem „Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (Dodd-Frank Act)“ ein Gesetz in Kraft getreten, das US-börsennotierte Firmen verpflichtet, Daten über die Verwendung mit Konfliktmaterialien offenzulegen. Konkret bezeichnet wurden Zinn, Tantal, Gold und Wolfram. Die Regierung Trump hat bereits im Februar angekündigt, dieses Gesetz zu suspendieren, konnte das aber bisher wegen Widerstands in den Parlamenten nicht umsetzen. Umso bedeutsamer ist, dass die EU nun auch ein „Unionssystem für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette“ verabschiedet hat, „mit dem Ziel, die Möglichkeiten für bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte zum Handel mit Zinn, Tantal und Wolfram, deren Erzen und Gold einzuschränken. Diese Verordnung zielt darauf ab, für Transparenz und Sicherheit hinsichtlich der Lieferpraktiken von Unionseinführern sowie von Hütten und Raffinerien zu sorgen, die Rohstoffe aus Konflikt- und Hochrisikogebieten beziehen.“ http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2017.130.010001.01.DEU

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (17.7.) merkt an, dass auf der Liste der „Risikomineralien“ das Element Kobalt nicht genannt wird, dessen Verbindungen für die Herstellung von Akkus hoher Energiedichte (Lithiumionenakkus) unerlässlich sind. Diese Akku-Typ hat sich bei den Fahrradakkus praktisch durchgesetzt und scheint auch für Autos das Mittel der Wahl zu sein. Die Hauptlagerstätten des häufig mit Arsen vergessenen Minerals liegen im Kongo. Es kann mit einfachsten Mitteln geschrägt, von bewaffneten Banden zu Spottpreisen aufgekauft und ins Ausland verfrachtet werden.

Wie kommt es, dass ausgerechnet dieses Mineral nicht auf der EU-Liste steht?

Die FAZ bemerkt lakonisch: „Ohne Kobalt aus Kongo müssten die Europäer ihre Autoenergiendepläne eindampfen“. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/die-batterieentscheidet-ueber-das-e-auto-kommentar-15109179.html>

Anlässlich der Verabschiedung der EU-Verordnung sagte Helmut Scholz, EU-Parlamentarier der Linken: „Nach vielen Jahren parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit haben wir endlich eine Sorgfaltspflicht für Lieferwege Gesetz werden lassen. Bislang allerdings nur für die dringlichsten Konfliktrohstoffe Gold, Wolfram, Coltan (Tantal) und Zinn. In den nächsten Jahren werde ich mit meiner Fraktion dafür arbeiten, diesen Ansatz auf weitere Rohstoffe und Produktionsketten auszuweiten.“ <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/10901.konfliktmineralien-wir-haben-uns-geeinigt.html>

Hoffentlich findet sich für dieses Vorhaben die nötige öffentliche Unterstützung. Betreffs Kobalt bietet sich bei Amnesty International ein Kurzbericht, dort wird auch auf eine leider nur in englischer Sprache zugängliche Broschüre von Amnesty international verwiesen, die eine präzise Darstellung der ganzen Lieferkette aufzeigt. <https://www.amnesty.de/2016/1/19/smartphone-hersteller-profitieren-von-kinderarbeit>

„Die Erinnerung ist die Voraussetzung für eine Versöhnung.“ Zum Tode von Simone Veil

Der Name Simone Veil ist mit vielen Strängen der französischen und europäischen Geschichte verbunden, er steht für eine Kämpferin: für die europäische Einigung, für das Erinnern an die Verbrechen der Nazis und ihrer Anhänger in allen Ländern, für die Rechte von Frauen.

„1927 in Nizza als jüngste Tochter des Architekten André Jacob und seiner Frau Yvonne geboren, wächst sie republikanisch-laizistisch und strikt antireligiös auf. Anfang 1944 wird sie aus dem Ly-

ceum vertrieben“ (1) die ganze Familie von der Gestapo verhaftet und mit Mutter und Schwester nach Auschwitz deportiert. Mit Glück und Unterstützung von anderen Mitgefangenen überlebt sie. „Immer wieder gefragt, was von Auschwitz geblieben sei, antwortet sie: „Die Lust am Leben und das Wissen darum, was wirklich wichtig ist.“ (1)

Nach 1945 wollte in Frankreich niemand etwas wissen von zurückgekehrten Juden, im Gegenteil, es wurde ihnen mangelnder Widerstand und verdächtiges Verhalten beim Überleben vorgeworfen. „Erst mit der Arbeit von Serge Klarsfeld in den 1970er Jahren wurde die Verfolgung der Juden in Frankreich thematisiert. Und erst 1995 mit der Rede von Jacques Chirac zum Jahrestag der Rafle de Velodrôme d'Hiver wurde die Massenverhaftung von Pariser Juden offiziell anerkannt.“ (1)

Gegen große Widerstände wurde Veil – inzwischen Rechtsanwältin – 1974 Gesundheitsministerin in Frankreich. Für ihren Kampf für Frauenrechte, insbesondere die Freigabe von Verhüttungsmitteln und die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen, sah sie sich bis ins hohe Alter von vielen Seiten schärfsten Angriffen ausgesetzt. „Im Zuge der ers-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHIET ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring, Christoph Cornides, Edith Bergmann.

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de, Rüdiger Lötzer, Ulli Jäckel, Rosemarie Steffens.

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher, Jörg Detjen.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €).

Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München

Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

ten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 wurde Simone Veil als Europaabgeordnete gewählt und bekleidete bis 1982 als erste Frau das Amt des Parlamentspräsidenten. Sie war somit die erste Präsidentin des erstmals direkt gewählten Europäischen Parlaments. Veil war 14 Jahre lang als Abgeordnete im Parlament tätig, außerdem war sie Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende der Liberalen und Demokratischen Fraktion.“ (2) Simone Veil wurde 1981 mit dem renommierten Karlspreis zu Aachen ausgezeichnet. 2011 wurde der von der Promenade eingerahmte Platz vor dem Europäischen Parlament in Brüssel nach Simone Veil benannt. 1993 kehrte Simone Veil in die französische Politik zurück.



2008 wurde sie – eine hohe Anerkennung in Frankreich – Mitglied in der Académie Française.

Das Europäische Parlament würdigte Simone Veil in einer Trauerstunde: „Mit der Energie einer Überlebenden, die den Preis des Friedens kennt, hat Simone Veil in Frankreich und im Europäischen Parlament zahlreiche Kämpfe ausgefochten. Mit ihrem Einsatz hat sie Fortschritte für die Rechte aller Bürger erzielt“, betonte EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani bei der Gedenkfeier im Parlament.

Er fügte hinzu: „Im Bewusstsein der historischen Aufgabe, die sie ausführte, begleitete sie das junge Parlament bei seinen ersten Schritten, leitete es in die richtige Richtung und schuf die Grundlagen für seine künftige Entwicklung.“

Am 30. Juni 2017 im Alter von 89 Jahren starb Simone Veil. Mit einem Staatsbegräbnis wurde sie im Pariser Panthéon neben 70 anderen wichtigen Vertretern Frankreichs (wie Victor Hugo, Jean Moulin oder Voltaire) beigesetzt – eine von insgesamt jetzt fünf Frauen.

Eva Detscher, Karlsruhe
Literaturhinweis: „Und dennoch leben: Die Autobiographie der großen Europäerin“, 2009 Aufbau Verlag

(1) Jüdische Allgemeine, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/4272>

(2) Aktuelles Europäisches Parlament. [\(dort auch weitere Links\)](http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20170703ST078828/eu-parlament-wurdigt-simone-veil)

Bildquelle: <http://audiovisual.europarl.europa.eu/Asset.aspx?type=nl&id=4e7c4bbb-d1ad-4ac2-9a58-a453008f4b5c>

Die deutsche Türkeipolitik in der Krise

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind an einem vorläufigen Tiefpunkt angekommen. Erst verweigerte die türkische Regierung deutschen Parlamentsdelegationen den Zugang zu den Militärstützpunkten Incirlik und Konya wegen der Teilnahme von Abgeordneten der Linksfaktion. Das führte bekanntlich zu dem Beschluss, die Kampfflugzeuge von Incirlik nach Jordanien zu verlegen. Dann befinden sich 22 deutsche Staatsbürger in der Türkei in Haft, die bekanntesten darunter die Journalisten Deniz Yücel und Mesale Tolu sowie zuletzt der Menschenrechtsler Peter Steudtner. Eine konsularische Betreuung der Inhaftierten wird seitens der türkischen Behörden auf ein Minimum reduziert. Weiter kommen immer mehr türkische geheimdienstliche Aktivitäten in Deutschland gegen türkische und kurdische Oppositionelle aber auch deutsche Politiker ans Licht. Als Letztes schickt die türkische Regierung über ihren Geheimdienst eine Liste von fast 700 deutschen Firmen und bezichtigt diese als Unterstützer terroristischer Organisationen, gemeint sind Gülen-Bewegung und PKK. Unter den Firmen befinden sich neben Dönerläden auch BASF und Daimler. Mit solchen Vorwürfen werden in der Türkei seit dem Putschversuch vor einem Jahr Unternehmen enteignet und in Staatsbesitz überführt. In der Türkei sind 6000 deutsche Firmen aktiv. Das war dann wohl der letzte Grund, dass die Bundesregierung von ihrer bisher Türkeipolitik abrückte, die Reisewarnungen aussprach, die mögliche Einstellung der

Hermes-Bürgschaften verkündete und die Überprüfung der Rüstungsgeschäfte ankündigte. Das hat aber lange gedauert!

Die deutsche Beschwichtigungspolitik und Unterstützung des Erdoganregimes hat sicherlich großen Anteil an der Entwicklung in der Türkei. Die politische Opposition hat dafür einen großen Preis gezahlt und der Friedensprozess zwischen türkischem Staat und PKK blieb auf der Strecke. Wie war das im Juni 2015 – die HDP war mit 13 Prozent der Stimmen ins Parlament eingezogen, die absolute Mehrheit der AKP war gebrochen. Es keimte eine Hoffnung auf bessere Zeiten, auf Frieden und Demokratie auf. Erdogan akzeptierte das Ergebnis nicht und begann erneut mit dem Krieg in der kurdischen Region. Und Bundeskanzlerin Merkel hatte nichts Besseres zu tun, im Zuge des Flüchtlingsdeals mit der Türkei einen Wahlkampfauftritt mit Erdogan direkt vor den Neuwahlen im November 2015 abzuhalten. Das Ergebnis ist bekannt. Seither sind Abgeordnete der HDP inhaftiert und die Bürgermeister in der kurdischen Region abgesetzt und im Gefängnis. Die beiden Co-Vorsitzenden der HDP, Figen Yüksekdag und Selahattin Demirtas, befinden sich seit November 2016 in Haft. Gegen beide wurden erste Gerichtsverhandlungen eröffnet.

In einem schriftlichen Interview der *Neue Zürcher Zeitung* sagt Demirtas, „es bestehe keine Chance auf einen fairen Prozess. Bevor ich einen Richter gesehen habe, bezeichnet mich Erdogan als Terroristen und erteilt dem Gericht so-



„Mahnwache des Widerstands“ von Abgeordneten der HDP-Partei in Diyarbakir, siehe Erklärung dazu auf der folgenden Seite.

mit einer Anweisung.“ Demirtas bezieht sich auf Aussagen des türkischen Staatschefs an einer Pressekonferenz am G-20-Gipfel in Hamburg. In Beantwortung einer Journalistenfrage bezichtigte Erdogan den Menschenrechtsanwalt, die Kurden in einer Rede gegeneinander aufgehetzt und tödliche Unruhen in der Türkei angezettelt zu haben. Dieser Vorfall im Oktober 2014, als die IS-Jihadisten die syrische Kurden-Stadt Kobane einkesselten, sei aber „nur eines von mehreren Verbrechen dieses Terroristen“, so Erdogan.“ (24.7.2017)

Seit Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen kassiert die Türkei jährlich 630 Millionen Euro Hilfgelder. CDU, SPD und Grüne unterstützen in der EU die Weiterführung dieser Beitrittsverhand-



lungen. Von einem Stopp der Rüstungsunternehmen wie Krauss-Maffei und Rheinmetall, die Panzerfabriken in der Türkei bauen wollen, ist nichts zu hören. Außenminister Gabriel hatte der türkischen Regierung eine verschärfte Verfolgung der kurdischen Opposition in

Deutschland angekündigt. Die syrische Revolution in Rojava wurde in Deutschland auf den Verbotsindex gesetzt.

Die CHP protestiert nach ihrem Freiheitsmarsch nach Istanbul derzeit im türkischen Parlament gegen die weitere Beschränkung der Opposition. Die HDP reorganisiert sich nach den großen

Verhaftungswellen und führt „Mahnwachen des Widerstands“ für eine Rückkehr zu Demokratie, Frieden und Menschenrechten in der Türkei durch. Leider wird darüber in den deutschen Medien wenig oder gar nicht berichtet.

Rudolf Bürgel, Karlsruhe

Mahnwache des Widerstands und Neun-Punkte-Deklaration der HDP Civaka Azad, 26.7.

Die Demokratische Partei der Völker (HDP) hat in der Stadt Diyarbakir eine „Mahnwache des Widerstands“ gegen die zunehmenden politischen Repressionen in der Türkei begonnen. An der Mahnwache die bis zum 31. Juli andauern wird, nehmen folgende Abgeordneten der HDP teil: der HDP-Sprecher Osman Baydemir, der HDP-Fraktionssprecher Ahmet Yıldırım, die Istanbul-Abgeordnete Hüda Kaya, der Istanbul-Abgeordnete Garo Paylan, der Adiyaman-Abgeordnete Behçet Yıldırım, die Diyarbakir-Abgeordnete Feleknas Uca, der Diyarbakir-Abgeordnete Nimetullah Erdoğmuş, der Diyarbakir-Abgeordnete Ziya Pir, der Izmir-Abgeordnete Müslüm Doğan und die Ağrı-Abgeordnete Dilan Dirayet Taşdemir. Nach der Mahnwache der HDP sollen jeweils einwöchige Mahnwachen in Istanbul, Van und Izmir veranstaltet werden.

Deklaration für eine demokratische Lösung

Vergangene Woche hatte die HDP im Istanbuler Stadtviertel Beşiktaş eine große Kundgebung abgehalten, welche mit dem Slogan „Lasst uns nicht stehen bleiben, lasst uns Stopp sagen“ begleitet wurde. Hierbei wurde zum gemeinsamen politischen Kampf aufgerufen und eine Neun-Punkte-Deklaration für eine demokratische Lösung veröffentlicht.

1. Die demokratische Politik darf nicht neutralisiert werden

Lasst uns gemeinsam zu:

- den Repressionen gegen die demokratische Politik, vor allem die Haftstrafen gegen die PolitikerInnen,
- den Inhaftierungen und die Geiselnahme der beiden Ko-Vorsitzenden, Abgeordneten und der BürgermeisterInnen,
- dem Einsetzen von Zwangsverwaltern in den kurdischen Stadtverwaltungen, wodurch der politische Wille der Bevölkerung aberkannt wird,

Stopp sagen!!!

2. Die universellen Menschenrechte und Freiheiten sind unabdingbar

Lasst uns gemeinsam zu:

- der steigenden Repression und Zensur bzgl. der Organisations- als auch Meinungsfreiheit,

- der willkürlichen Handhabe, welches derzeit Kundgebungen als auch Demonstrationen massiv einschränkt,
- den Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen, wie Isolationshaft, Folter und widrigen Bedingungen in Haft,
- den Hasstiraden gegen Menschen, die anders denken, andere Lebensstile oder sexuelle Orientierungen haben und deswegen zur Zielscheibe gemacht werden,
- der Verletzung des Rechts auf Leben, welche für jeden als heilig gilt,

Stopp sagen!!!

3. Die Justizhoheit und die universellen demokratischen Rechtsgrundsätze sind unverletzbar

Lasst uns gemeinsam zu:

- dem Ausnahmezustand und das Dekreten-Regime, welches sich jeglicher Kontrolle entzieht,
- den Notstandsdekreten, die Entlassungen, Ermittlungen und Schließungen von Stiftungen und Massenorganisationen mit sich brachten,
- der Inhaftierung von JournalistInnen und Schließung von Radio-/TV-Sendern, Zeitungen, Zeitschriften und sozialen Netzwerken,
- dem Justizsystem, welches gegen in-

ternationale bestehende demokratische Abkommen verstößt und gegen erlassene Urteile, die von ganz oben befehligt werden,

Stopp sagen!!!

4. Der Frieden ist unverzichtbar

Lasst uns gemeinsam zu:

- dem Kriegsblock innerhalb der Regierung, welcher für innen- als auch außenpolitische Angriffe verantwortlich ist und mit einer Besatzermentalität, Soldaten in Nachbarländer entsendet,
- der Isolationshaft gegen Abdullah Öcalan, welcher im Aufbau des Friedensprozesses die maßgebende Schlüsselrolle innehatte,
- dem monistischen Verständnis, wonach verschiedene Kulturen, Identitäten, Religionen und Sprachen zum Feind deklariert werden,
- der Marginalisierung der Völker und Religionen, vor allem der KurdInnen und AlevitInnen,
- der Zerstörung der wichtigen politischen, historischen als auch kulturellen Städte bzw. Stätten, wie Sur, Cizre und Hasanköyf, die für die KurdInnen von enormen Wert sind,

Stopp sagen!!!

5. Die sozialen als auch ökonomischen Rechte der ArbeiterInnen dürfen nicht untergraben werden

Lasst uns gemeinsam zu:

- den Todesfällen auf der Arbeit und das Verbieten bzw. Verschieben von Streiks,
- den ungesicherten als auch harten Arbeitsbedingungen der SaisonarbeiterInnen, LeiharbeiterInnen, WanderarbeiterInnen und der Geflüchteten,
- der Beraubung der sozialen und gesundheitlichen Rechte von Rentne-

Innen, ArbeiterInnen und körperlich oder geistig eingeschränkten Menschen

Stopp sagen!!!

6. Die Natur- als auch Kulturbestände dürfen nicht geplündert werden

- Lasst uns gemeinsam zu:
- der Zerstörung des historischen und kulturellen Gedächtnisses als auch die Zerstörung des Naturbestandes,
- der Kapitalisierung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Olivenhainen, Küsten und Wasserbecken,
- dem Zubetonieren der Städte, welche unter dem Deckmantel des Städteumbaus vorangetrieben wird und gegen die Vertreibung der Lokalbevölkerung,
- dem Entziehen des Mitspracherechts als auch Entscheidungsrechts der Lokalbevölkerung in Bezugnahme auf Ressourcen

Stopp sagen!!!

7. Die Gegenwart und Zukunft der Ju-

gendlichen darf nicht getrübt werden

Lasst uns gemeinsam zu:

- der täglich steigenden Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und das Verdunkeln derer Zukunftspläne,
- den Repressionen an den Universitäten und gegen die Verweigerung des Mitspracherechts der StudentInnen seitens der Universitätsführungen,
- der ungeeigneten und ungesunden Unterbringung der SchülerInnen in Wohnheimen,
- dem Drogenkonsum unter den Jugendlichen, welche hierbei gezielt vom Staat selbst oder von Drogenbanden gefördert wird,

Stopp sagen!!!

8. Die Errungenschaften der Frauen können nicht rückgängig gemacht werden

Lasst uns gemeinsam zu:

- der Diskriminierung von Frauen im sozialen, politischen und Arbeitsleben,

- den Angriffen gegen die Identität, den Körper, das Leben und den Kleidungsstil der Frauen,
- der grenzenlosen Ausbeutung der Frauen auf der Arbeit und im Haushalt,
- der Straflosigkeit für Männer, die Gewalt an Frauen und Kinder ausüben,

Stopp sagen!!!

9. Wir brauchen eine gesellschaftliche Übereinkunft

- Wir können gemeinsam eine demokratische, gleichberechtigte, soziale, frauenbefreende, laizistische, ökologische und pluralistische Verfassung ausarbeiten.
- Wir können einen gesellschaftlichen Konsens erschaffen, der den Schutz der kulturellen, muttersprachlichen und religiösen Vielfalt schützt und garantiert.
- Wir können das Recht auf muttersprachlichen Unterricht für alle Volksgruppen ermöglichen.

An sorgfältiger Sach- und Detailarbeit und mühsamen Verhandlungen über einen „weichen“ Brexit führt wohl kein Weg vorbei

Nach der Niederlage von Premierministerin May bei den Parlamentswahlen vom 8. Juni 2017, bei der die Konservativen zwar stärkste Partei blieben, aber die absolute Mehrheit verfehlten, haben am 19. Juni 2017 die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU über den Austritt Großbritanniens begonnen. Seit dem 29. März, dem Tag, an dem die Regierung May ihren Austrittsantrag in Brüssel hinterlegt hat, läuft der Austrittsprozess. Es geht jetzt – wohl auf absehbare Zeit – erstmal um das „Wie“ eines Austritts und nicht mehr um das „Ob“ des Austritts, über das mit knapper Mehrheit von 52% für ein „Nein“ zur EU im Referendum von 2016 entschieden wurde. Daran dürfte derzeit auch kaum ändern, dass namhafte Befürworter eines Verbleibes in der EU wie der ehemalige Premierminister Tony Blair oder der Liberaldemokrat Nick Clegg bereits jetzt für ein abermaliges Referendum plädieren.

Zum Beginn der Gespräche am 19.7. erklärte der EU-Chefunterhändler Michel Barnier in Brüssel zum Start der Gespräche mit dem britischen Brexit-Minister David Davis, es werde über einen „geordneten Rückzug“ des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verhandelt und er erwarte „konstruktive“ Gespräche. Ziel des Treffens sei, sich zunächst auf den Ablauf und die Organisation der Verhandlungen zu einigen.

Bis Jahresende 2017 will die EU über die Rechte von ca. drei Millionen EU-Bürgern in Großbritannien, den Status der Grenze zwischen Nordirland und Irland sowie die finanziellen Forderungen der EU an Großbritannien verhandeln. Abschließen will Barnier die Gespräche bis Oktober 2018, damit eine Austrittsvereinbarung noch rechtzeitig vor dem geplanten EU-Austritt Großbritanniens Ende März 2019 ratifiziert werden kann.

Zum ersten Sachpunkt, dem Bleiberecht von EU-Bürgern in Großbritannien und Briten in der EU, blieben die ersten Verhandlungen ohne Ergebnis. Dass die Positionen auseinanderliegen, zeigen die vorab veröffentlichten Positionspapiere. Die EU spricht von Bürgerrechten, während die britische Seite über Niederlassungsrechten mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren verhandeln will.

Mehrerelei wird immer deutlicher für die britische und die EU-Regierungspolitik und in der britischen Öffentlichkeit: Premierministerin Mays Position ist geschwächt, Oppositions- und Labourführer Corbyn fordert ihren Rücktritt und in den Reihen ihrer eigenen Partei der Konservativen warten ihre Widersacher auf den passenden Zeitpunkt für ihren Sturz. In der Situation lässt sich kaum ein konsistentes Austrittskonzept entwickeln – so es denn überhaupt eines gäbe bzw. je gegeben hätte – weder für einen „harten“ noch für einen „weichen“ (Stich-

wort „Norwegen-Lösung“) Austritt.

Langsam greifen offensichtlich auch Einsichten in Realitäten der wirtschaftlichen Entwicklung, die allein mit der Aussicht auf einen – wie auch immer gearteten – realen Brexit ausgelöst wurden. Nach einem kurzfristigen Börsenhoch nach dem Referendum (angeblich ausgelöst durch Spekulation auf verbesserte Euro-Entwicklung im Verhältnis zu Großbritannien) stockt das wirtschaftliche Wachstum. Das Pfund hat seit Ende 2015 gegenüber dem Euro 17 Prozent verloren. Die Preise steigen, denn die Einfuhren sind teurer geworden. Unternehmen verlagern ihren Firmensitz. Die Fluggesellschaft Easyjet geht zum Beispiel nach Österreich, Banken aus der Londoner City verlassen die Insel. Das alles kontrastiert erheblich mit den Hoffnungen, die die Stimmungsmache für einen Brexit geschürt hatte.

Schließlich zeigt sich wohl bereits in der Vorbereitung der Verhandlungen auf beiden Seiten, wie komplex und realitätsfest das Geflecht der EU, einschließlich ihrer Teilorganisationen und verbundener Vertragsorganisationen wie z.B. Euratom, inzwischen geworden ist. Was ein Ausstieg z.B. aus Euratom und der EU-Energiepolitik für Großbritannien bedeutet und wie er sich u.a. auch auf die Versorgung der Nuklearmedizin in Großbritannien auswirkt, hatte offensichtlich niemand im Blick. Stimmungs-

mache um einen Brexit als angeblicher Lösung für eine Vielzahl von sozialen und politischen Probleme in einem Land ist das Eine, aber tatsächliche neue bilaterale und multilaterale Regelungen für komplexe technische, gesellschaftliche und politische Sachverhalte im „Ersatz“ für bestehende verbundstaatliche EU-Regelungen zu finden ist das Andere.

Normalerweise wären in einer solchen Situation die Parteien gefordert, Initiativen für einen neuerlichen gesellschaftlichen Diskurs über konsensfähige Ziele zu entwickeln, auf die Regierungspolitik aufzubauen könnte. Aber die Spaltung zwischen „Remainers“ (in der EU bleiben)

und „Leavers“ (Raus aus der EU) zieht sich quer durch die Parteienlager und hat ihre Anhänger sowohl bei Labour wie bei den Konservativen, beide in Teilen geklammert und gelähmt von der Hoffnung auf ein neues „Groß“-Britannien. Labourführer Corbyn, für nicht Wenige eine Lichtgestalt linker Politik, hat nicht nur bereits beim Referendum seine Rolle als möglicher Oppositionsführer gegen den Brexit verspielt, seine national-protektionistischen Anwandlungen versperren ihm auch den Weg für neue, sachlich fundierte Vermittlungsperspektiven zwischen den Lagern. Der Ruf aus den Reihen der „Remainers“ nach einem

zweiten Referendum würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt beim Versuch seiner realen Umsetzung wahrscheinlich zu einer zweiten Niederlage führen.

So bleibt also nur der Weg der Ausarbeitung einer „weichen“ Lösung – etwa nach dem Modell des heutigen Norwegen-Status – in den Verhandlungen mit der EU, mit der Hoffnung, darüber auch wieder zu gesellschaftlich konsensfähigen Ziehen über den Status des Landes in Europa und der Welt zu kommen.

Christoph Cornides, Mannheim

Quellenangaben: FAZ, Euraktiv, Spiegel online, Die Zeit online

Neue Agenda für Europa? – Auch die LINKE sollte sich stärker einmischen

In seinem Beitrag „Neue Agenda für Europa? – Auch die Linke sollte sich stärker einmischen“ in seiner Kolumne in „Disput“ der Linken vom 18.7.2017 plädiert Axel Troost – stellvertretender Vorsitzender der Partei Die Linke und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion – dafür, dass die Linke angesichts der gegenwärtigen Ansätze einer Belebung der Europa-Diskussion nach den Wahlen in Frankreich, Politik entwickeln und eigene Vorschläge zu den notwendigen Reformen der EU und der deutschen Europapolitik einbringen soll. Dafür ist aber auch ein selbstkritischer Blick der Linken auf die eigene Politik notwendig. Troost: „Ich plädiere auch in der Linken für eine selbstkritische Bilanzierung der europapolitischen Überlegungen. Wir sollten nach den Bundestagswahlen die Chance ergreifen, uns verstärkt in die Überlegungen und angedachten Veränderungen einzubringen.“ Das betrifft durchaus nicht nur die Partei die Linke sondern alle sich als links bezeichnenden Organisationen und Richtungen. Axel Troost ist u.a. seit 1981 Geschäftsführer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memorandumgruppe) und seit 2005 Mitglied des deutschen Bundestages, seit 2013 Sprecher der sächsischen Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten Die Linke. Näheres zu seiner langjährigen publizistischen und politischen Arbeit s.u. <https://www.axel-troost.de/de/topic/205.die-linke.html>

Christoph Cornides

Zwei Monate nach dem Amtsantritt des französischen Präsidenten Emmanuel Macrons werden Hoffnungen auf eine Reaktivierung des Motors der deutsch-französischen Partnerschaft für neuen Schwung und Reformen in Europa geweckt. Seit langem saßen neben Kanzlerin und Präsident auch die Außen- und Verteidigungsminister und die Innenminister wieder mit am Tisch. Für Macron sind die Ergebnisse des ersten Ministerratstreffens nichts weniger als eine „Europäische Agenda“. Man wolle ein soziales Europa weiterentwickeln, in dem gleiche Arbeit auch mit gleichem Lohn vergolten wird. Daran müsse man aber vor allem auf internationaler Ebene arbeiten. Für Kanzlerin Merkel haben sich auch die Zeichen der Zeit verändert: „Bei vielen Menschen – auch bei mir – hat sich etwas verändert, als wir gesehen haben, die Briten wollen austreten, als wir Sorgen hatten, wie geht die Wahl in Frankreich aus, wie geht die Wahl in den Niederlanden aus“, argumentierte Merkel. Es lohne sich für

Europa zu kämpfen und dies nicht nur den Europaabgeordneten zu überlassen. Sie wolle zusammen mit dem französischen Präsidenten Macron neue Impulse geben. Zugleich nahm Merkel die Mitgliedstaaten für Probleme in der EU in Mithaftung. Man könne die Bürokratie in der EU kritisieren. Aber vieles hätten die Regierungen selbst angestoßen.

Schon vor dem deutsch-französischen Ministerrat hat Frankreichs Präsident an Deutschland appelliert sich stärker für Investitionen in Europa einzusetzen. „Deutschland muss für eine Wiederbelebung der öffentlichen und privaten Investitionen in Europa sorgen.“ Er wolle keine Lektionen erteilen. „Aber wir müssen herausfinden, welches Szenario in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht geeignet ist.“ Er machte deutlich, dass Deutschland seine wirtschaftliche Stärke „zum Teil den Missständen in der Euro-Zone“ und „der Schwäche anderer Volkswirtschaften“ zu verdanken habe. Es bestehe ein wirtschaftliches und kommerzielles Ungleichgewicht zwischen Deutschland

und seinen Nachbarn. Diese Situation sei auf Dauer nicht gesund. Zugleich gebe es „eine gemeinsame Verantwortung, damit die Euro-Zone sich so gut entwickelt, wie sie es verdient.“ „Deutschland muss sich bewegen, so wie sich auch Frankreich bewegen muss“, fügte Macron hinzu.

Macron bekräftigte seine Forderung nach einer Erneuerung der EU. „Irgendwann müssen die europäischen Verträge geändert werden, da dieses Europa unvollständig ist. Die Frage ist nicht, ob diese Änderungen nötig werden, sondern wann und wie.“ Er sei davon „beseelt“, zum Ursprung zurückzukehren: „Europa wurde im Zuge eines Versprechens von Frieden, Fortschritt und Wohlstand gegründet. Heute brauchen wir eine Vision, um dieses Versprechen zu erneuern. Eine Vision von einem Europa, das wieder mehr inspiriert.“

Was da ein wenig nach Selbstkritik klingt, sollte die politische Linke – auch die Linkspartei – offensiv aufgreifen und sich für eine Konkretisierung der Reformvorschläge stark machen. Macron fordert beständig eine „Relativierung“ der neoliberalen Austeritätspolitik.

Angesichts der Forderungen von Macron zur Reform der Eurozone sowie der sich abzeichnenden Neubelebung der deutsch-französischen Achse ist es meines Erachtens politisch unklug gegenüber dieser Kritik immer wieder die Grundsatzkritik von der neoliberalen EU zu wiederholen. Ja, wir können kritisieren, dass diese Lockerung der Austeritätspolitik nicht über symbolische Schritte hinauskommt. Mag sein, dass auch nach der Bundestagswahl die Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland weiterhin so gravierend sind, dass keine tiefgreifenden Reformen in Richtung einer Wirtschaftsregierung in der Euro-

zone oder einer relevanten Stärkung des EU-Haushalts zustande kommen. Selbst wenn – wie von Macron gefordert – ein Finanzminister für die Eurozone eingeführt wird, könnten dessen Kompetenzen begrenzt bleiben. Und selbst wenn im EU-Haushalt – im Sinne der Vertiefung des Juncker-Plans – weitere Mittel zur Stärkung der Investitionsbereitschaft in Europa bereitgestellt werden, wird damit keine grundlegende Überwindung des Austeritätskurses verbunden sein. Aber ein Weiterso in dem europäischen Eliten-Projekt ist auch für das Establishment gefährlich. Angesichts der erheblichen ökonomischen und politischen Probleme einiger Eurostaaten – vor allem in Südeuropa – müssen die Strukturmängel des Eurosystems behoben und der vorherrschende stabilitätspolitische Kurs geändert werden. Alles andere läuft auf eine Verschleppung der Krise hinaus – und setzt die Zukunft der Eurozone und der EU selbst aufs Spiel.

Wir sollten die Forderungen nach einer größeren europäischen Investitionsoffensive unterstützen, die von vielen ÖkonomInnen als notwendig erachtet wird, um den überschuldeten Staaten in der Eurozone einen größeren Wachstumsimpuls zu verleihen und ihnen bei einer Reduktion der hohen Jugendarbeitslosigkeit zu helfen.

Auch die Kommission fordert ein Abrücken von der Austeritätspolitik. Die Kommission hängt nicht der Illusion nach, dass die Krisen in der EU dauerhaft überwunden seien. Allein die Bewältigung des Brexits in den nächsten Jahren enthält enorme ökonomisch-politische Risiken. Neben einer Investitionsoffensive geht es nach Auffassung der Kommission um die Schaffung einer Sonderregelung für die öffentlichen Investitionen derjenigen Staaten, die von einer Krise betroffen sein könnten. Die Kommission erwägt nicht nur die Einführung einer Europäischen Arbeitslosenversicherung, welche die nationalen Instrumente ergänzen solle, oder einen sogenannten „Rainy-Day-Fonds“, einen Fonds für schlechte Tage, aus dem Krisenstaaten Mittel abrufen könnten. Auch ein Haushalt der Eurozone – den zuletzt etwa Macron gefordert hatte – könnte eine stabilisierende Funktion übernehmen. Schließlich deutet auch die Kommission mögliche Veränderungen an der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion an. Dazu zählen die Einführung eines Schatzamtes und eines eigenen Haushalts für die Eurozone, die vom Europaparlament kontrolliert würden. Das Euroschatzamt wäre für die makroökonomische Stabilisierung und die Ausgabe von sicheren europäischen Anlagen zuständig. Auch ein Europäischer Währungsfonds – als Alternative

zum Internationalen Währungsfonds mit Sitz in Washington – könnte stabilisierend auf die Eurozone nach Ansicht der Kommission wirken.

Was ist nun der von Macron geforderte Plan? Der bleibt bislang zu wolfig: Es gehe ihm um ein Europa, das angesichts der Globalisierung Schutz biete und ein neues Gesellschafts- und Wachstumsmodell ausarbeite. Was die notwendigen Investitionen betrifft, wurde verabredet, eine Milliarde Euro in einen Fonds für Informationstechnologie anzulegen. Ziel sei es, mit Projektausschreibungen Forscher anzuziehen. „Darüber hinaus wollen wir ein gemeinsames Programm zu Nanotechnologien und Batterien starten.“

Dagegen ist aus meiner Sicht nichts einzuwenden, aber die tatsächlichen Schwerpunkte der „Visionen“ liegen bei der zukünftigen engeren militärischen Kooperation zwischen beiden Ländern und in der EU, wirtschaftspolitischen Fragen und Bildungsthemen. Die Eingung auf einen europäischen Verteidigungsfonds und die Ankündigung, dass Deutschland und Frankreich in Zukunft ihre Verteidigungssysteme aufeinander abstimmen wollen, wird Milliarden verschlingen. „Ein gemeinsamer Einkauf, gemeinsame Entwicklung und Kompatibilität der Verteidigungssysteme bringen Europa gemeinsam nach vorn“, betonte Angela Merkel und setzt damit ein Signal frei, welches letztlich die schleichende Militarisierung Europas fortsetzt.

Während Merkel und Macron sich einig waren, Milliarden in ein gemeinsames neues Kampfflugzeug zu investieren, liegt man in der Frage der Vertiefung der Euro-Zone für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik doch weiter auseinander. Macron fordert schon länger eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone. „Wir benötigen in der Eurozone einen Haushalt, eine Regierung, die über die Verteilung dieses Budgets entscheidet, und eine demokratische Kontrolle, die so heute nicht existiert“, sagte Macron. „Wir brauchen einen freiwilligen Masterplan für die Vertiefung der Eurozone bis zum Jahresende.“

Die Idee eines Euro- oder EU-Finanzministers gibt es seit Jahren – in unterschiedlichen Ausprägungen. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger äußerte sich am Montag skeptisch zur Idee eines Euro-Finanzministers, hat sich aber im Januar zumindest für die Idee erwärmen können, dem EU-Parlament mehr Eigenmittel zukommen zu lassen. Sein für Wirtschaftsfragen zuständiger Kollege Pierre Moscovici würde dagegen gern den Eurogruppen-Vorsitz mit den Aufgaben eines EU-Kommissars zusammenführen. Über einen Vollzeit-

Vorsitzenden für die Treffen der Euro-Finanzminister, der die Währungsunion beispielsweise in internationalen Gremien wie dem IWF vertreten könnte, wird ebenfalls schon lange debattiert. Angela Merkel möchte sich bis zur Bundestagswahl nicht festlegen und erklärt, dass man gezielter bei Investitionen vorgehen wolle. Das Geld sei da.

Außer politischen Pläne spielen sind bis zu den Bundestagswahlen keine wichtigen Entscheidungen mehr zu erwarten, zumal die gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen der EU nicht die schlechtesten sind. Die Konjunktur in der Eurozone läuft immer besser. Inzwischen verzeichnete man 16 Quartale in Folge Wachstum, sagte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Die Gefahr einer Deflation schwand, dennoch gebe es keine direkten Hinweise auf eine Überhitze. Sorge bereitet allerdings der große Bestand fauler Kredite bei europäischen Banken. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mahnte dies schrittweise abzubauen. Dank der guten Konjunktur gebe es dafür jetzt gute Chancen.

Der Brexit-Entscheid zeigt Zerfallsgefahren in der EU an; der große Schwung der Expansionsbewegung von 12 auf 28 Mitgliedstaaten ist vorbei. Brüssel muss sich mit dem Abgang Londons auch auf kleinere Budgets einstellen. Schuldenkrise und Migrationsprobleme erzwingen neue politische Prioritäten, ebenso die Digitalisierung der wirtschaftlichen Prozesse und der Meinungsbildung – von den neuen Cyberkriegen schon gar nicht zu reden. Der Rechtspopulismus hat zwar seinen Aufwind des letzten Jahres nicht steigern können, ist aber weiterhin eine ernstzunehmende Bedrohung für einen weiteren europäischen Integrationsprozess.

Schon die Ergebnisse der zweiten Runde der Brexit-Verhandlungen – und erstmals geht es in Brüssel um konkrete inhaltliche Fragen zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union – werden ein Signal geben über die Perspektiven für eine gangbare Lösung für alle Beteiligten. Gesprochen wird unter anderem über die Zukunft der EU-BürgerInnen in Großbritannien und der BritInnen in der EU sowie über finanzielle Forderungen der EU an London und die künftige EU-Grenze zu Nordirland.

Ich plädiere auch in der Linken für eine selbstkritische Bilanzierung der europapolitischen Überlegungen. Wir sollten nach den Bundestagswahlen die Chance ergreifen, uns verstärkt in die Überlegungen und angedachten Veränderungen einzubringen.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors aus: <https://www.die-linke.de/disput/kolumnen/axel-troost/>

UN-NGOs gegen Privatisierung

Eine globale Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften präsentierte am 10. Juli 2017 den Bericht Spotlight on Sustainable Development (Schlaglicht auf nachhaltige Entwicklung). Er erschien am Eröffnungstag des politischen Forums bei den Vereinten Nationen in New York. Das Fazit des Redaktionsteam des Spotlight-Berichts lautet: „In der 2030-Agenda verpflichten sich Regierungen zu einer revitalisierten globalen Partnerschaft zwischen den Staaten und erklärten, dass die öffentliche Finanzierung eine entscheidende Rolle bei der Erreichung der Ziele spielen muss, aber in den letzten Jahrzehnten hat die Kombination von neoliberaler Ideologie, Lobbying, regressiver Fiskalpolitik, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zu einer massiven Schwächung des öffentlichen Sektors und seiner Fähigkeit geführt, wesentliche Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Die gleichen korporativen Strategien und Steuer- und Regulierungspolitik, die zu dieser Schwächung geführt haben, haben eine beispiellose Anhäufung von individuellem Vermögen und eine zunehmende Marktkonzentration ermöglicht. Daher ist es höchste Zeit, diesen Trends entgegenzuwirken, den öffentlichen Raum zu bekräftigen und mutige Maßnahmen zu ergreifen, um die öffentlichen Finanzen zu stärken, die ÖPP zu regulieren oder abzulehnen und den Griff der Unternehmensmacht auf das Leben der Menschen zu schwächen. Kurz gesagt, um Menschen vor Profit zu setzen.“ Der 160-seitige Bericht wird von einem breiten Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gewerkschaften unterstützt und basiert auf Erfahrungen und Berichten nationaler und regionaler Gruppen und Koalitionen aus allen Teilen der Welt. Der Spotlight Report wird vom Arab NGO Network for Development, dem Zentrum für wirtschaftliche und soziale Rechte, Entwicklungsalternativen mit Frauen für eine neue Ära, Global Policy Forum, Public Services International, Social Watch, Gesellschaft für Internationale Entwicklung und Third World Network und von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt.

www.world-psi.org 21.7.2017

Österreich: Einigung bei Mindestlohnverhandlungen

Gute Nachrichten für die rund 15 000 Assistentinnen und Assistenten von Rechtsanwälten in Wien: Ihr kollektivvertragliches Mindestgrundgehalt wird ab 1. Oktober 2017 auf 1500 Euro erhöht, darauf haben sich die Rechtsanwalts-

kammer Wien und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) geeinigt. „Wir haben heuer schon in einigen Branchen ein Mindestgrundgehalt von 1500 Euro erreicht, aber dieser aktuelle Abschluss ist ein Meilenstein, der mich im Sinne der Betroffenen besonders freut: diese Einigung bedeutet eine Valorisierung des Mindestlohns nach fast zehn Jahren“, kommentiert Karl Dürtscher, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Unser Ziel bleibt ein bundesweiter Kollektivvertrag, um dieses Mindestgrundgehalt flächendeckend zu erreichen – die Wiener haben hier absolute Vorbildwirkung.“ Auch Rechtsanwaltskammer Wien Präsident Michael Enzinger zeigt sich über die Einigung und die ausverhandelten Verbesserungen sowohl für Dienstgeber als auch Dienstnehmer erfreut: „Es ist ein wichtiger Schritt, dass der bestehende Kollektivvertrag auf den von der Regierung geforderten Mindestlohn erhöht wurde.“

<http://www.oegb.at> 25.7.2017

Schweiz: Elektriker streiken für ihren Lohn

Seit dem 26.7.2017 streiken die Elektriker der Firma Lassueur in Yverdon (Kantons Waadt). Sie haben die Räumlichkeiten des Unternehmens besetzt und fordern ausstehende Lohnzahlungen von 70 000 Franken (63 000 Euro) ein. Die acht betroffenen Elektriker werden von der Gewerkschaft Unia unterstützt. Sie sind bereit, den Streik weiterzuführen, um zu ihrem Recht zu kommen. Unterdessen fanden Gespräche mit der Firmenleitung statt. Diese wurden aber unterbrochen, weil die Firma keine glaubwürdigen Vorschläge machte. Seit letztem März verzögert sich die Ausszahlung der Löhne, Überstunden und Sozialversicherungsbeiträge. Mehrere Beschäftigte haben die Firma bereits verlassen, ohne ihr Geld erhalten zu haben. Die Unia und die Lassueur-Angestellten verlangen, dass die ausstehenden Verpflichtungen bis Ende der Woche beglichen werden.

www.unia.ch, 26.7.2017

Serbien: Streik gegen Niedriglöhne

Rund 2 000 ArbeiterInnen an Fiat-Chryslers (FCA) serbischen Standort in Kragujevac sind seit 27. Juni 2017 im Streik. Sie fordern eine Anhebung der monatlichen Durchschnittslöhne auf 50 000 Dinar (knapp 400 Euro), die Anhebung der Mindestlöhne von derzeit 240 Dinar (= 2 Euro) auf 290 Dinar (= 2,40 Euro) pro Stunde, Überstundenzuschläge sowie die Übernahme der

Fahrtkosten durch den Arbeitgeber. Die internationale und europäische Gewerkschaftsbewegung unterstützt den Streik bei FCA Serbien, der als Test für die Durchsetzung von fairen Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen an den Standorten von Automobilherstellern in Ost- und Südosteuropa gilt. Die Ursache des Arbeitskampfs liegt vor allem an der miserablen Entlohnung von derzeit 300 Euro, die aufgrund steigender Lebensmittelpreise und Steuern in Serbien nicht zum Leben reichen, sowie der Verdichtung der Arbeit durch Personalabbau. Letztes Jahr wurden 700 Arbeiter, eine ganze Schicht, entlassen. Die nunmehr auf 2.500 reduzierte Belegschaft sieht sich dadurch mit steigender Arbeitsbelastung durch immer mehr Aufträge konfrontiert, was nur mit 60 Stunden Arbeitszeit pro Woche zu bewältigen ist. Fiat produziert in Kragujevac über 400 Fahrzeuge täglich. Die Auswirkungen des Streiks sind bereits spürbar, nach Medienberichten wurden rund 4 000 Fiat 500L-Modelle weniger produziert. Dennoch weigert sich das Management auf die Forderungen einzugehen und verlangt als Bedingung für Verhandlungen die Beendigung des Streiks. Bereits kurz nach Beginn des Streiks drohte das FCA-Management, dass Fiat sich aus Serbien zurückziehen werde und das Werk in Kragujevac schließen wolle. Die serbische Premierministerin Ana Brnabic soll nach Angaben der Presseagentur Tanjug daraufhin selbst nach Kragujevac gefahren sein, um Druck auf die Arbeiter auszuüben und sie zur Beendigung des Streiks zu bewegen. Ziel der Regierung ist, Schaden durch Arbeitskämpfe für den Investitionsstandort Serbien abzuwenden, der bisher durch Billiglöhne gepunktet hat. Die Arbeiter werden von zwei Gewerkschaften im Werk vertreten, der Gewerkschaft der Autonomen Metallarbeitergewerkschaft Serbiens (SSMS) und der Industrie-, Bergarbeiter- und Energiegewerkschaft (GS IER), die auch gemeinsam das Streikkomitee koordinieren. Das FCA-Werk ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Serbien und Kragujevac seit Jahrzehnten das Zentrum der serbischen Automobilindustrie. Seit den 1950er Jahren wurden hier, zuerst mit Lizenz von Fiat und später als unabhängige Marke, die bekannten Zastava-Modelle hergestellt. Während des Krieges Ende der 90er Jahre wurden die Produktionsanlagen vollständig zerstört. 2008 schloss Fiat einen Zehn-Jahres-Vertrag mit der serbischen Regierung und investierte rund eine Milliarde in den Wiederaufbau der Produktion. Heute gehörten 67 Prozent von FCA Fiat-Chrysler und 33 Prozent dem serbischen Staat.

www.proge.at 18.7.2017

Südafrika: Gericht bestätigt Verbot von Leiharbeit

Nach einer längeren Kampagne hat die südafrikanische Metallgewerkschaft NUMSA vor Gericht einen Erfolg erzielt: Der Labour Appeals Court (LAC) – eine Art höchstinstanzliche Berufungskommission der Arbeitsgerichtsbarkeit, deren Mitglieder unter anderem vom Staatspräsidenten ernannt werden – behandelte den Fall des Zeitarbeit-Unternehmens Assign Services, das einen eigenen Weg zur Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen gefunden hatte. Da das Gesetz in Südafrika eine dreimonatige Obergrenze für Leiharbeit vorsieht, hatte das Unternehmen das Konstrukt „doppelte Beschäftigung“ entwickelt, demzufolge die Leiharbeiter sowohl bei ihm, als auch beim ausleihenden Unternehmen gleichzeitig beschäftigt seien – was der LAC nunmehr als ungesetzlich beurteilt hat und entsprechende Konsequenzen angeordnet. Der Generalsekretär der NUMSA, Irving Jim, sagte auf der anschließenden Pressekonferenz, dieses Urteil sei ein Sieg der Arbeiter. Die NUMSA hatte den Gang zur Justiz mit einer massiven Kampagne begleitet, in der deutlich gemacht wurde, dass solche Konstruktionen das Gesetz umgehen – ein Gesetz, das die NUMSA bekämpft, weil sie grundsätzlich für das Verbot der Leiharbeit eintritt.

<http://www.industrial-union.org> 24.7.2017

Bangladesch: Explosion in einer Textilfabrik

In der Multifabs Ltd. Fabrik in Bangladesch explodierte am Dienstag, 4. Juli, ein Heizungskessel. Dabei wurden mindestens zehn Menschen getötet und viele weitere verletzt. Die Explosion war so heftig, dass Teile der Fabrik einstürzten. Die Fabrik ist Teil des Abkommens für Brandschutz und Gebäudesicherheit (Accord). Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) ruft daher die am Accord beteiligten Unternehmen dazu auf, die Sicherheitsprüfung von Heizungskesseln sofort in die Sicherheitsinspektionen der Fabriken mitaufzunehmen. Erste Nachforschungen ergaben, dass folgende Unternehmen Einkäufer bei Multifabs Ltd. sind: Aldi Nord, Aldi Süd, Metro AG, Takko, Dansk Supermarked, Lindex, Stockmann. Weitere Unternehmen, die die Fabrikwebseite als Kunden aufführt, sind: Gorfactory, HFG, Hubermasche, Littlewoods, Mitsubishi Corporation Fashion, Newbody, Rex Holm, ScanWear, Seppälä und Zolla. Der tragische Vorfall verdeutlicht, welche Gefahr durch die mangelhafte Wartung und Überprüfung von Heizungskesseln ausgeht. Die Prü-

fung von Heizungskesseln ist bisher nicht Teil des Accord on Fire and Building Safety. Dieser sieht bisher nur vor, dass der Heizungskesselraum feuersicher und vom Rest der Fabrik getrennt sein muss. Feuersichere Heizungsräume allein reichen nicht aus, denn die Explosion eines defekten Heizungskessels, wie bei Multifabs am Dienstag kann so heftig sein, dass Wände einbrechen und sich so das Feuer ungehindert ausbreiten kann. Die NGOs, darunter die CCC, die als Zeuginnen die Umsetzung des Accord begleiten, sprechen sich seit 2014 für eine Erweiterung der Inspektionen aus, um auch Heizungskessel mit abzudecken. Es sollte nicht immer erst zu tragischen Unfällen wie Rana Plaza und Tazreen in der Textilindustrie kommen, bevor Unternehmen Maßnahmen für mehr Sicherheit in den Fabriken einleiten.

www.saubere-kleidung.de 5.7.2017

Südkorea: Verurteilung von Gewerkschaftsführern

In Südkorea sind drei inhaftierter Gewerkschaftsführer am Standort Pohang der südkoreanischen Bauarbeitergewerkschaft KPCWU in erster Instanz verurteilt worden. Die drei Gewerkschaftsführer wurden im Januar 2017 vorläufig festgenommen. Sie waren der Verkehrs- sowie der Geschäftsbehinderung angeklagt. Darüber hinaus wurde ihnen vorgeworfen, gegen das Versammlungs- und Demonstrationsgesetz verstoßen zu haben. Der Sektor-Präsident der KPCWU, Jwa Cheol-seok, wurde zu einer einjährigen Haftstrafe und der stellvertretende Sektor-Präsident, Yu Yeong-guk, zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten verurteilt. Der Generalsekretär Hwang Bong-u, wurde zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Der Vollzug dieses Urteils wurde für zwei Jahre ausgesetzt. „Die BHI war schon immer der Ansicht, dass es sich hierbei um politisch motivierte Angriffe auf die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung handelt“, so BHI-Generalsekretär Ambet Yuson. „Wir fordern Südkoreas neuen Präsidenten Moon Jae-in dazu auf, unmittelbar die Aufhebung dieser ungerechten Urteile gegen die Funktionäre der KPCWU anzurufen. Es ist Zeit, mit der Ära der früheren Präsidentin Park Geun-Hye zu brechen und die Gewerkschaftsrechte nun endlich anzuerkennen.“

www.bwint.org de 18.7.2017

Malaysia: Hotelarbeiter verteidigen Lohnrechte

Als die Regierung im Jahr 2012 ein neues Mindestlohngesetz einführte, reagierte der Arbeitgeberverband des Hotels mit

dem Versuch, die Verteilung der Servicegebühren an die Arbeitnehmer zurückzuziehen und stattdessen die Servicegebühren dazu zu verwenden, um die neuen Mindestlohnanforderungen zu erfüllen. Mehrere Hotelketten – angeführt von Shangri-La Hotels & Resorts – haben versucht, Änderungen der Tarifverträge zu erzwingen, um die Dienstleistungsverteilung als Teil der Entschädigung der Hotelarbeiter zu beseitigen und sie als Einnahmen zu behalten. Dieses sogenannte „Saubere-Lohn“-System war in der Tat eine schmutzige Taktik, um Geld von den Arbeitern zu nehmen, und damit den Unterschied zu zahlen, der benötigt wird, um den neuen Mindestlohn zu erfüllen. Die Gewerkschaften starteten eine gemeinsame Kampagne gegen diesen Lohndiebstahl. In einem landesweiten Urteil hat das Bundesgericht nun eine Entscheidung des Industriege richtshofs bestätigt, dass den Hotelarbeitern die Mindestlöhne entsprechend der Mindestlohnordnung 2012 über die erbrachte Dienstleistungsgebühr hinaus bezahlt werden müssen und dass 90 Prozent des Dienstleistungsaufwands an die Beschäftigten zu entrichten sind. Diese Entscheidung ist rückwirkend bis Oktober 2013.

www.iuf.org 25.0.2017

Peru: Bergleute rufen zum nationalen Streik auf

Mehr als 50 Bergarbeiter-Gewerkschaften haben am 20. Juli, wie vom Nationalen Verband der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Stahlarbeiter vorgeschlagen, Streikmaßnahmen angekündigt. Die Gewerkschaft widersetzt sich der Gesetzgebung der Regierung von Pedro Pablo Kuczynski, die beispielsweise kollektive Entlassungen erleichtert und Abfindungen um 50 Prozent verringert. Die Bergleute sagen, dass die Reform auch ihre Kontrolle über die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen einschränkt wird, die Tarifverhandlungsrechte angreift und das Recht auf Streik. Die Bergleute fordern die Aufhebung von Vorschriften, die die Verfolgung von Gewerkschaftsführern und Outsourcing ermöglichen. Sie sagen, dass die Regierung prekäre Arbeit durch die Einführung dieser Maßnahmen fördert. Neben dem Streik veranstalteten die FNTMMSP und ihre Tochtergesellschaften am 21. Juli einen Marsch durch das Zentrum von Lima. Peru ist der weltweit zweitgrößte Silberhersteller, der drittgrößte Produzent von Kupfer und der fünftgrößte Goldproduzent. Bergbau ist der Schlüssel für die Wirtschaft und macht 60 Prozent der Exporte aus.

<http://www.industrial-union.org> 24.7.2017



Links: „Massencornern“ am 4.7. In vielen Stadtteilen versammeln sich Tausende an Straßenecken und auf Plätzen zu Gesprächen oder um Musik zu hören. Der „Arrivati-Park“ am Rande des Schanzenviertels ist die ganze Protestwoche über ein Ort der Kommunikation, der Kultur und des Protestes. Rechts: Hier wird das „Massencornern“ am 4.7. abends durch einen unprovozierten Polizeieinsatz gewaltsam aufgelöst.



Oben: Über 10 000 Menschen zogen am 5.7. ravend durch die Innenstadt: „Lieber tanz ich als G 20“



Oben: Die sogenannte „Welcome to Hell“-Demonstration am 6.7., dem Vorabend des Gipfels, wird nach wenigen Metern von der Polizei angehalten, weil sich einige hundert Menschen im „Schwarzen Block“ vermummt hatten. Obwohl ein größerer Teil die Vermummung abnimmt, gehen starke Polizeikräfte mit Wasserwerfern und Knüppeln in die Demonstration, um den „Schwarzen Block“ abzutrennen. Der Ort war gewählt, weil sich dort zur Hafenseite eine Flutmauer befindet, die ein Entkommen verhindern sollte – ein gefährlicher Plan, denn da auch nach vorne und hinten niemand vor Pfefferspray und Knüppeln flüchten konnte, war die Gefahr einer Massenpanik groß. Wider Erwarten sind viele Menschen Dank Unterstützung der auf der Flutmauer Stehenden entkommen. Dennoch gibt es viele Verletzte, auch Schwerverletzte.



Links: Am 7.7. versuchten an den verschiedensten Punkten der Stadt viele tausend Menschen, die sogenannten Transferstrecken der Gipfelteilnehmer friedlich zu blockieren. Die Polizei war oft völlig überfordert und ging – auch deshalb – teilweise mit großer Härte vor. Doch es gab auch Einsatzleiter vor Ort, die immer wieder auf Deeskalation bedacht waren.

Die Fotos mit Untertitel erhielten wir von Christiane Schneider, sie war die ganze Woche als Mitglied der Bürgerschaftsfraktion der Linken mit den „Parlamentarische BeobachterInnen“ unterwegs.

LINKS

Christiane Schneider, Beitrag in der Debatte der hamburgischen Bürgerschaft, Videomittmschnitt. <https://www.youtube.com/watch?v=5GGUqNp92rE>

Dr. Christian Ernst, „Schatz, haben wir noch eine Perspektive?“ Die Polarisierung von Versammlungen – und ein möglicher Ausweg. <http://www.juwiss.de/82-2017/>

Prof. Feltes, Kriminologe und Polizeiwissenschaftler an der Ruhr-Universität, Radiointerview. <http://www.ardmediathek.de/radio/Leute/Prof-Dr-Thomas-Feltes/SWR1-Baden-Württemberg/Video?bcastId=447702&documentId=44547186>

76 000 mal Hoffnung

Jan van Aken, 12. Juli 2017

Auch wenn aktuell die hirnlosen Plünderungen und Zerstörungen die Debatte bestimmen – die G 20-Woche war mehr, viel mehr. Ich war von Sonntag bis Sonntag täglich unterwegs, mal als Parlamentarischer Beobachter der Linken-Bundestagsfraktion, mal als Teil des Protestes. Hier der Versuch einer zusammenfassenden Einschätzung.

1. Eine großartige Demonstration zum Abschluss

Es ist ein großer Erfolg, dass am Samstag, noch während die G 20 in den Messehallen tagten, 76 000 Menschen friedlich, fröhlich und lautstark auf die Straße gegangen sind. Und das trotz der furchtbaren Bilder vom Vorabend, trotz der wochenlangen Panikmache, trotz der Demonstrationsverbote. 76 000 Menschen, die für eine gerechtere Globalisierung, gegen Ausbeutung und Umweltverschmutzung, für eine friedlichere Welt auf die Straße gegangen sind. Es war die größte Demonstration in Hamburg seit über 30 Jahren, und darauf können wir alle stolz sein.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass von dieser Demonstration keine Eskalation ausgehen wird, dass keine Angriffe auf Sachen oder Menschen stattfinden werden, und dass alle am Bündnis Beteiligten – wozu auch die Autonomen gehörten – in ihren Blöcken die Verantwortung dafür übernehmen, dass das

in einer dunklen Gasse einer Frau in den Weg stelle, dann ist das verachtenswerte Gewalt. Wenn ich mich aber einem Castor-Transport in den Weg stelle, dann finde ich das richtig! Auch wenn das in gewissen – ethischen oder juristischen – Kategorien sicherlich auch Gewalt genannt werden kann. Deswegen habe ich immer auf den Gewaltbegriff verzichtet und lieber ganz konkret gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen: Keine Eskalation, keine Angriffe, gemeinsam mit Rollstühlen und Kinderwagen die Demo bis zum Ende gehen. Das war und ist unzweideutig, und genauso ist es dann auch gekommen: Es blieb „friedlich“, um es im Polizeijargon zu sagen.

Dass es am Ende so geklappt hat, lag natürlich auch an der Polizeiführung, die – anders als am Donnerstagabend – nicht auf volle Konfrontation gesetzt hat. Wobei ein Vorfall nicht unerwähnt bleiben darf, weil er so gut zum gesamten Verlauf der Woche passt: Während der Abschlusskundgebung kam es zu einer kleinen Reiberei mit der Polizei, die Stimmung heizte sich auf. Wir sind mit mehreren von der Demoleitung dort hingegangen, haben uns zwischen Polizei und DemonstrantInnen gestellt und versucht, die Situation zu beruhigen – was auch gut gelungen ist. Obwohl sich die Lage dann etwas entspannte und in der Situation ganz sicher keinerlei Angriffe Richtung Polizei stattfanden, bekam ich dann doch noch eine volle Ladung Wasserwerfer in den Rücken. Direkt danach hat die Polizeiführung noch einen Trupp von zehn Polizisten mitten durch die Demo geschickt, einfach nur einmal im Kreis mitten durch die noch sehr erboste Stimmung. Das hatte nur einen einzigen Grund: Provokation. Möglicherweise die Hoffnung, jetzt doch noch Rängeleien zu provozieren und damit auch diese Demonstration



Die Mitglieder der Bürgerschaftsfraktion der Linken waren eine Woche lang tagtäglich viele Stunden lang als „Parlamentarische BeobachterInnen“ unterwegs, immer ansprechbar, oft deeskalierend. Wir haben dafür sehr viel Anerkennung erfahren.

als gewaltsam brandmarken zu können. Es ist ihnen nicht gelungen, und das ist einzig und allein der Besonnenheit der DemoteilnehmerInnen geschuldet.

Die Demonstration war der sichtbare Gegenpol zum offiziellen G 20-Gipfel, der auf der ganzen Linie gescheitert ist. Ich denke, wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass das Modell G 20 in den nächsten Jahren überdacht wird. Unser Gegenmodell ist die Generalversammlung der Vereinten Nationen – und es ist eine gute Idee, wenn viele Staatschefs im September schon ein paar Tage früher nach New York reisen, um dann in wechselnden informellen Gruppen die Entscheidungen der Generalversammlung vorbereiten. Denn reden hilft immer. Nur entscheiden sollten eben nicht kleine Kreise von reichen Ländern, sondern nur die Gesamtheit aller Länder gemeinsam.

2. Die Gewalt im Schanzenviertel am Freitagabend

Die Wucht der brutalen Ereignisse vom Freitagabend im Schanzenviertel hat uns alle geschockt. Diese Gewaltexzesse gegen Anwohner, Journalisten und Polizisten, diese Zerstörungswut sind durch nichts, aber auch gar nichts zu entschuldigen. Es ist nicht klar, wer hinter der Randale stand, sicherlich waren auch Eventjugendliche aus den Vorstädten dabei, die einfach mal die Gelegenheit zum Plündern genutzt haben. Aber es waren offensichtlich auch einzelne kleinere organisierte Gruppen aus verschiedenen Ländern dabei, die das als Protestform begreifen – was ich komplett ablehne und falsch finde. Es hat nichts Revoluti-



auch so klappt. Wenn jetzt behauptet wird, wir hätten uns nicht eindeutig von Gewalt distanziert, dann ist das schlichtweg gelogen, im Gegenteil: Seit November haben wir das immer wieder klar gemacht. Nur das Wort „Gewalt“ kommt mir in diesem Zusammenhang nur ungern über die Lippen, aus einem simplen Grund: Wenn ich mich nachts

onäres an sich, einen ganzen Straßenzug in Schutt und Asche zu legen. Auch Stellungnahmen, dass diese Gewalt vielleicht im „eigenen Viertel“ falsch sei, aber in den reicheren Quartieren doch in Ordnung, kann ich gar nichts abgewinnen. Ich glaube, wir müssen uns, als Gesellschaft, in den nächsten Wochen und Monaten damit auseinandersetzen, was Menschen dazu bringt, so zu handeln. Monokausale Erklärungen und einseitige Schuldzuweisungen von beiden Seiten führen nur zu einer weiteren Eskalation und sollen von der eigenen Verantwortung ablenken.

Es gibt jetzt Vorwürfe, dass die Polizeiführung bewusst die Randale im Schanzenviertel über mehrere Stunden hat wützen lassen, damit sie sich nicht über den Rest der Stadt ausbreitet. Das halte ich für Spekulation. Ausschließen kann das niemand, und alle bislang von der Polizeiführung vorgebrachten Argumente, warum sie nicht im Schanzenviertel eingegriffen haben, sind an den Haaren herbeigezogen. Aber das ist am Ende auch nicht meine Frage. Denn der Hauptfehler der Einsatzleitung und des Senates in diesen Tagen war ein anderer: der Angriff auf die Versammlungsfreiheit und die massive Eskalation in den Tagen zuvor.

Die Polizei hat selbst gesagt, dass in der gesamten Zeit ihre Priorität die Staats-

gäste waren. Im Klartext heißt das: Lieber ein paar BlockiererInnen von der Straße zu fegen, damit der Gipfel pünktlich beginnen kann, als die Brandstiftungen an Privatautos zu unterbinden. Es war wichtiger, dass die Könige in Ruhe der Musik lauschen und feist schlemmen konnten, als die AnwohnerInnen zu schützen. So ein Prinzip darf in einer Demokratie nicht gelten.

3. Angriffe auf die Versammlungsfreiheit – Yes we camp!

Über Monate gab es verschiedenste Versuche, in Hamburg ein Camp für die vielen Tausend Protestierenden aus ganz Europa aufzubauen. Die Linie des Senats war knallhart: kein Camp! Die offizielle Begründung: da könnten sich auch Gewaltbereite untermischen, denen wollen man keine Rückzugsmöglichkeiten geben. Dazu hat Sven Brux, der Sicherheitschef vom FC St. Pauli treffend gesagt, dass jeder Mensch ein potentieller Gewalttäter sei und damit jedes Hotel auch an potentielle Gewalttäter vermietet. Wenn man dem Argument folgt, müsste die Hamburger S-Bahn auch schließen, weil ja einige Leute schwarzfahren.

Ich denke, hinter dem Camp-Verbot stand vielmehr der Versuch, so viele Menschen wie möglich davon abzuhalten, nach Hamburg zu kommen. So wie der Hamburger Senat alle nur erdenkli-



Ein vom Verwaltungsgericht genehmigtes Camp in Entenwerder wird von der Polizei verhindert, die bis dahin elf aufgestellten Schlafzelte bei einem nächtlichen Einsatz von mehreren Hundertschaften abgeräumt. Von Anfang an ging es dem Senat darum, Camps und andere Schlafmöglichkeiten für Auswärtige zu verhindern. Kirchen ließen kleine Camps zu, Schrebergärten öffneten die Gartentore, das Schauspielhaus seine Pforten für einige hundert Übernachtende.

chen Mittel eingesetzt hat, die Proteste so klein wie möglich zu halten, bis hin zur Organisation einer eigenen „Hamburg zeigt Haltung“-Demo am Samstag, den 8.7., angeschoben und mitfinanziert von den Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen, um die große Abschlussdemonstration zu spalten. Damit sind sie grandios gescheitert.

Selbst nachdem sich die Camps vor den Verwaltungsgerichten durchgesetzt hatten, ging die Polizeiführung weiter massiv gegen jeden Versuch vor, in Hamburg zu campen. Das ging so weit, dass ein Einsatzführer der Polizei beim Camp

Und jetzt?

Nach den G 20-Ereignissen ist gewiss, dass Hamburg eine ganze Zeitlang als Veranstaltungsort für repräsentative Staatsakte ausfällt. Obwohl, zwei Wochen später melden die Medien: „Prinz William und Herzogin Kate bringen Hamburg wieder zum Strahlen“. Der britische Besuch diente der Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Insel und dem Festland, Offizielle und Publikum klatschen Beifall. Die G 20-Konferenz repräsentiert Machtansprüche und tatsächliche Macht gegenüber dem Rest der Welt. Sie muss sich den empörenden Zustand der wirtschaftlich verschränkten und kommunikativ vernetzten Welt vorhalten lassen.

Unter Empörung bezeichnen wir heute eine individuelle Gemütslage. Im früheren Sprachgebrauch bedeutete das Wort auch Aufruhr, Krawall, Unruhen – Massenaktionen politisch Rechtloser. In entwickelten Demokratien fallen solche Ereignisse vor, wenn schreiende Missstände oder Fehlentscheidungen trotz Wahlen und Abstimmungen andauern. Schräge Ablehnung erfahren dann nicht nur die Regierenden, auch die Opposition erfährt Verachtung, weil sie es nicht schafft, die Kritik der Öffentlichkeit po-

litisch wirksam aufzugreifen. Auch die in der rechtlich geordneten Demokratie gesicherten Verfahren – Meinungsausübung, Demonstration, politische Mobilisierung – verfallen dem Desinteresse, hilft ja doch nix! Aber Blockaden, Besetzungen, Barrikadenfeuer und, ja, sogar der scheinbar ziellose Krawall beeindrucken die Öffentlichkeit.

Der Gesellschaft, die nicht hören will, muss fühlen, dass sie zerfällt, wenn Mitmenschen die Lebensgrundlage verweigert oder entzogen wird. Das kann mit subtilen Mitteln etwa des Regietheaters, der Kunstaktion, der phantasievollen Demonstration, der gewaltlosen Blockade erfolgen. Darauf kann die Öffentlichkeit hinwegsehen. Wenn Sachen beschädigt oder gar Menschen angegriffen werden, kann der Protest nicht mehr ignoriert werden. Das politische Echo auf Krawalle ist, man muss schon sagen überall und regelmäßig, der Schrei nach strengeren Gesetzen und härterem staatlichen Durchgreifen. Die sozialen und politischen Missstände, der Anlass des Aufruhrs interessieren kaum noch. So war es auch in Hamburg. Die große Demonstration, die eine Chance war, politische Ziele zu präzisieren, fand kaum noch Beachtung. Auf mittlere Frist setzt trotzdem ein

öffentliches Nachdenken über Ursachen und Hintergründe ein. Ist deswegen, um auf geflügelte Worte zurückzugreifen, die Rebellion gerechtfertigt, nicht legal, aber legitim usw.?

Die Geschichte Nachkriegsdeutschlands hat durch Demonstrationen und Aktionen ganz erheblich Anstöße erfahren. Außerhalb des politischen Betriebs hatten sich notwendige Kritiken entwickelt, die nur auf diesem Wege in die Öffentlichkeit fanden. Die Stationen dieses Wegs können heroisch-episch dargestellt werden. Der zeitliche Ablauf etwa in Sachen Ökologie oder Diskriminierung belegt jedoch, dass diese Themen Durchschlagskraft entwickelten, nachdem und indem die kritischen Strömungen Forderung und Aktionsform so an das parlamentarische System adressierten, dass Parteibildung und Wahlerfolge eintraten. Schon die in den Sechzigern von Dutschke formulierte Devise vom „Langen Marsch durch die Institutionen“ brachte Gesellschaftskritik und Funktionsträgerschaft begrifflich unter einen Hut, in den Siebzigern ermöglichte der knappe Normenkatalog „ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch“ die Bildung einer Partei und Einfluss auf Gesetzgebung und Regierungsbildung.

Verändernde Politik braucht politische

Entenwerder zu einer unserer Bürgerschaftsabgeordneten sagte: „Mir ist völlig egal, was das Gericht sagt!“ Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung, denn in einem Rechtsstaat mit Gewaltenteilung entscheiden immer noch Gerichte darüber, was erlaubt und was verboten ist. Und nicht die Polizei.

Dazu kam eine 38 Quadratkilometer große Zone, in der für zwei Tage alle Demonstrationen verboten waren. So etwas gab es noch nie in der Geschichte der Hansestadt. Dazu kam auch ein Bericht des Verfassungsschutzes, der im Prinzip dazu aufrief, nicht auf unsere Demonstration am 8. Juli zu gehen. Man kann vom Verfassungsschutz ja halten, was man will – aber es ist ganz sicher nicht seine Rolle und eine unerhörte Mandatsübertragung, sich gegen Demonstrationen zu äußern und zu demobilisieren.

Ermutigend war die Antwort der Zivilgesellschaft auf diese Angriffe auf die Demokratie. Am Dienstag (4. Juli) traten fast 20 Menschen aus Kultur, Kirche, Politik und Umweltorganisationen auf dem Rathausmarkt an die Öffentlichkeit und mahnten eine Achtung des Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit an. Damit war die monatelang vorbereitete Spaltungsstrategie des Senates über Nacht zusammengebrochen, Hamburg hat an diesem Tag wirklich Haltung gezeigt und danach ging es in der Woche

nicht mehr nur um den G 20, sondern auch um unsere Demokratie. Die Solidarität wurde auch praktisch: So haben das Schauspielhaus und der FC St. Pauli Räume für Übernachtungen angeboten, Kirchen haben Zeltlager auf ihrem Gelände geduldet. Das war ganz groß!

4. Cornern, Nachttanzen und Blockaden

Nach der ersten Demo am Sonntag gingen die Proteste schon am Dienstag massenhaft weiter. Für den Dienstagabend war in St. Pauli zum so genannten „cornern“ eingeladen – mit den NachbarInnen gemeinsam vor der Tür stehen, über den G 20 reden, von einer gerechteren Welt träumen, Bier trinken. Es war ein lauer Abend und eine ganz wunderbare Stimmung, bis dann plötzlich mehrere Wasserwerfer am Pferdemarkt auffuhren und die Straßenkreuzung abspererten. Als dann die Menschen auch auf der – nun abgesperrten – Straße standen und ihr Bier tranken, wurden sie mit eben diesen Wasserwerfern abgeräumt. Das Gute in dieser Situation: Es ließ sich wirklich niemand provozieren, die Stimmung war weiter gut und die Menschen tranken weiter ihr Bier. Aber die Strategie der Polizeiführung wurde schon in dieser Situation deutlich: Völlig unnötig und ohne Anlass die Eskalation suchen.

An dieser Stelle eine Anmerkung: Ich schreibe bewusst immer von der „Polizei-

führung“ und nicht von „Polizei“, weil ich hier nicht alle PolizistInnen in einen Topf werfen möchte. Ich habe auch Einsätze gesehen, die zurückhaltend und verhältnismäßig waren – leider viel zu selten. Die Nachttanzdemo am Mittwoch war einer dieser Einsätze, da zogen über 20 000 junge Leute zu Musik (oder das, was die so Musik nennen – für sowas bin ich einfach zu alt...) durch die Stadt, es war einfach eine richtig gute Stimmung.

Völlig untergegangen ist in den Medien der Blockade-Tag am Freitag, als 3-5 000 Menschen versucht haben, in die verbotene blaue Zone einzudringen, um die Konvois der Staatschefs zu stoppen – was ihnen auch mehrfach gelungen ist. Zwischenzeitlich hieß es innerhalb der Polizei, sie habe die Kontrolle verloren und brauche dringend weitere Verstärkung aus anderen Bundesländern. Diese Blockaden wurden natürlich jeweils rasch aufgelöst, aber es entwickelten sich dort keine militärtanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Und genau dort wurde z.B. umgesetzt, was ich mit bewussten Regelverstößen meine. Ziviler Ungehorsam, der in bestimmten Situationen politisch sinnvoll sein kann – so wie ihn Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder Greenpeace oft und erfolgreich eingesetzt haben. Aber die Polizeiführung hat ja dann wie erwartet die mitgenommenen Luftmatratzen und

Strategien, die von Vielen aufgegriffen werden können. Die Idee des heroischen Handelns fasziniert die empörten Einzelnen, sie können sofort handeln, Aufmerksamkeit erzwingen. Die politisch motivierte Grenzüberschreitung untergräbt jedoch demokratische Kultur. Die Avantgarde geht voraus, will Schwanken-de mitreißen, übt aus innerer Überzeugung Willkür, und untergräbt damit die demokratische Kritik an der Willkür der Mächtigen.

In der Demonstrations- und Aktionsgeschichte der Nachkriegszeit hat sich der gute Brauch entwickelt, über Mittel und Wege eines Protestgeschehens Einvernehmen der Beteiligten zu suchen. Dabei werden individuelle Empörung und Entrüstung in diskursiven Verfahren legitimiert und inhaltlich präzisiert. Sie können dann als beglaubigte Meinung vieler den Weg in den politischen Willensbildungsprozess aller antreten. Die politische Wirkung von Verständigung kann durch keine noch so heroische und exponierte Aktion Einzelner oder auch geheim verabredeter Kleingruppen ersetzt werden. Das lehrt die Erfahrung, und solange der Protest den Weg an die Öffentlichkeit offen hat, findet man am Ende oft nervtötender Gespräche einen

Weg. Dann muss das Ereignis angemeldet werden, und da zeigt sich dann, ob die Versammlungsbehörde den Gebrauch des Demonstrationsrechts als wichtige Quelle politischer Ideen und Bereicherung der zivilen Gesellschaft versteht, oder ob sie den Vorgang als eine letztlich durch Polizeipräsenz und -einsatz kleinzuhalten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung begreift. Trifft das empörte Gefühl auf die Gleichgültigkeit des Publikums, ist das bitter genug. Wird den Leuten aber von Staats wegen der Zugang zur Öffentlichkeit abgeschnitten oder empfindlich behindert, wird Meinungsäußerung zum Delikt und Staatshandeln manifeste Missachtung der Bürgerrechte.

Hatten die Proteste anlässlich des G 20 ausreichend Zugang zur Öffentlichkeit? Das wird ein Ausschuss der Bürgerschaft, des Parlaments des Stadtstaates nun untersuchen. Wird das Gremium nicht bevollmächtigt, Akten der Behörden und der Polizei einzusehen und Amtsträger vorzuladen, wird das schwierig bis unmöglich. Das würde bestehende Gefühle von Ohnmacht und Vergeblichkeit politischen Engagements weiter anfachen. Die genaue Darstellung von Vorlauf und Ablauf der Ereignisse kann Hinweise geben, wie es zur Krawall und Entgrenzung

kam, und vielleicht auch, was sich an den Einrichtungen und den eindressierten Verfahren von Polizei und Behörden verändert sollte.

Andere Fragen müssen in dem Spektrum der Linken geklärt werden. Eine davon wäre die Haltung zur Demokratie, – im Umgang miteinander, mit der Öffentlichkeit, den Andersdenkenden und dem Staat. Eine andere das Missverständnis von breiter Kritik und parteipolitisches-parlamentarischer Strategiebildung. Stichwort Afrika. Welchen Entwicklungen kann zivilgesellschaftliche Initiative weiterhelfen? Welche Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen wären förderlich? Was leisten die Vereinten Nationen? Welche Schwerpunkte setzt linke Parlamentspolitik im Bund und in Europa?

Sicherlich werden die Ereignisse die Hamburger Innenpolitik zur Klärung bürgerrechtlicher Fragen drängen. Hoffentlich werden die breiten Proteste gegen die empörenden Zustände an den Grenzen zwischen Afrika und Europa die Strategiediskussion antreiben, so dass die links stehenden Parteien sich den emanzipativen Bewegungen nützlich machen können.

Martin Fochler, München

aufblasbaren Gummittiere als Waffen deklariert (weil mensch sich damit gegen Schlagstöcke schützen kann) und zum Teil hemmungslos Gewalt angewendet.

5. Welcome to hell – Gezielte Eskalation bei der Demonstration des „Schwarzen Blocks“

Nach den unfassbaren Gewaltbildern aus dem Schanzenviertel lässt sich heute kaum noch über die tatsächlichen Vorgänge am Donnerstagabend während der „Welcome to hell“-Demonstration diskutieren, weil jegliche Eskalation in der letzten Woche natürlich dem so genannten Schwarzen Block in die Schuhe geschoben wird. Welcome to hell war (ziemlich großkotzig, wie ich finde) als „größter Schwarzer Block in der Geschichte“ angekündigt worden. Tatsächlich waren dann zwar ca. 10 000 Menschen am Fischmarkt und nahmen stundenlang in gelöster aber unterschwellig nervöser Stimmung an der Kundgebung teil. Dann formierten sich gerade mal ca. 500 Menschen in den vorderen Reihen als Schwarzer Block, inklusive Vermummung und kompakter Aufstellung. Daraufhin stoppte die Polizei den Block und forderte die TeilnehmerInnen auf, die Vermummung abzunehmen.

Was dann geschah, wird von vielen Journalisten, die direkt dabei waren, ähnlich geschildert. Auch ich stand zu der Zeit genau zwischen dem Schwarzen Block und den Polizeiketten, als Parlamentarischer Beobachter. Fast alle im Block nahmen ihre Vermummung herunter, am Ende waren vielleicht noch 10-20% verummt, maximal. Und es gab, trotz der sehr aufgeheizten Stimmung, keinerlei Angriffe aus dem Block gegen die Polizei, da flog kein Stein und keine Flasche. In dieser Situation hätte eine verantwortungsvolle Polizeiführung die Demonstration laufen lassen müssen. Der Angriff auf den Schwarzen Block in dieser Situation war vollkommen unnötig und aus meiner Sicht eine bewusste, politisch gewollte Eskalation. Ich glaube, dass der Senat hier genau die Gewaltbilder provozieren wollte, die sie wochenlang an die Wand gemalt hatte –

nicht zuletzt, um ihre ganzen Camp- und Demonstrationsverbote im Nachhinein rechtfertigen zu können.

6. Die Reaktionen – „Law and order“ als Wahlkampfthema

Der Hamburger Senat und die Polizeiführung haben auf der ganzen Linie versagt. Erst hebeln sie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aus, dann belägen sie die Stadt, eskalieren an allen Fronten und schaffen es trotzdem nicht, die Gewalt am Freitagabend einzudämmen. Olaf Scholz geht es jetzt nicht nur um die eigene Haut, jetzt versucht die SPD sich nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ als härteste Law-and-order-Partei zu profilieren, mit Blick auf die Bundestagswahl im September. Forderungen nach Schließung der Roten Flora, der unsägliche Vorschlag eines „Rock gegen links“ (übrigens ein Lied der rechtsextremen Band Freikorps) oder die Forderung einer europaweiten Linksextremen-Datei haben nun so gar nichts mit den Krawallen im Schanzenviertel zu tun, sie sind die hilflosen Versuche der SPD, noch ein paar Prozentpunkte zu retten. Schämt euch!

7. Ausblick

Ich glaube, das Hamburg der Anfang vom Ende der G 20 in der jetzigen Form war, vor allem aus zwei Gründen, die gar nichts mit den Protesten oder der Krawallnacht zu tun haben: Zum einen war der offizielle Gipfel ein Misserfolg auf der ganzen Linie. Zum zweiten waren die Auswirkungen auf die Bevölkerung auch jenseits Krawalle katastrophal. Ab Donnerstag ging in Hamburg gar nichts mehr, Menschen standen stundenlang im Stau und kamen nicht nach Hause, am Freitag war die gesamte Achse zwischen Elbe und Alster wegen des Konzerts in der Elbphilharmonie komplett gesperrt, da kam niemand mehr durch, auch nicht zu Fuß. Für drei Tage das komplette Leben in einer Großstadt derart lahmzulegen wird sich auf Dauer nicht rechtfertigen lassen – vor allem nicht, wenn diese Gipfel überhaupt gar kein Ergebnis bringen.

Interessante Lektüre rund um die G 20-Proteste

NTV-Interview mit einem Protestforscher: Die Polizeiführung hat völlig versagt. www.n-tv.de/politik/Die-Polizeifuehrung-hat-voellig-versagt-article19930264.html • Ein Pastor über das Protestcamp auf seinem Gelände. hauptkirche-altona.de/in-hamburg-ist-g20-und-wir-sind-mitten-drin • Der Leserbrief eines Professors an einer Polizeihochschule in der SZ. www.sueddeutsche.de/kolumne/g-gipfel-eine-harte-linie-gebiert-eskalation-1.3577711 • Tagesschau zum Cornern am Pferdemarkt. www.tagesschau.de/inland/g20-protest-137.html • ZEIT über die Abschlussdemonstration (von der ich übrigens „76 000 mal Hoffnung“ geklaut habe). www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/g20-gipfel-hamburg-grenzenlose-solidaritaet-hans-christian-stroebele • Spiegel online mit vier Lehren aus G 20. www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/g20-in-hamburg-der-gescheiterte-gipfel-vier-lehren-aus-g20-a-1156840.html

In der vorigen Ausgabe haben wir zum Thema Siedlungsentwicklung aus der Perspektive der Bürgerbeteiligung dokumentiert. Diesmal wählen wir die Sicht der beteiligten Verwaltungsebenen in Gemeinden und der Landes- und Bundespolitik. Der zuständige Bauminister aus Sachsen-Anhalt sagt: „Stadtentwicklung ist keine Aufgabe, die Verwaltungen allein bewältigen können.“ Diese Ansicht scheint inzwischen durch, auch wenn es in der Praxis noch oft knirscht. Als Problem scheint auf, ob die verschiedenen zuständigen Verwaltungsebenen eher miteinander kooperieren oder aber, vor allem wenn es um die Finanzen geht, sich gegenseitig blockieren. *Alfred Küstler*

ZUSAMMENSPIEL VON ZIVILGESELLSCHAFT, KOMMUNEN, LANDES- UND BUNDESPOLITIK BEI ...

Stadtentwicklung, Stadtplanung ...

„10 Jahre Leipzig-Charta – für eine nachhaltige europäische Stadt“ – so der Titel des 11. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik, der vom 12. bis 14. Juni 2017 in Hamburg stattfand. Die Leipzig-Charta bildet das zentrale Dokument zur integrierten Stadtentwicklung in Europa. Die Verabschiedung der Charta vor zehn Jahren war gleichzeitig der Start der Initiative für eine Nationale Stadtentwicklungspolitik. Bundesbauministerin Barbara Hendricks eröffnete den Kongress, der gemeinsam vom Bundesbauministerium mit der Bauministerkonferenz der Länder, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund veranstaltet wurde.

Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: „Städte werden voller, bunter, auch älter. Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger entwickelt sich weiter. Handel, Gewerbe und auch der Lieferverkehr verändern sich. Angesichts dieser Entwicklungen brauchen wir weiterhin eine nachhaltige Stadtentwicklung und eine schlagkräftige Städtebauförderung: In dieser Legislaturperiode hat der Bund dafür 3,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Gemeinsam setzen Bund, Land und Kommunen sich dafür ein, unsere Städte und Gemeinden noch attraktiver zu machen, die Lebensqualität zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu sichern. Wir haben daher Anfang des Jahres einen Prozess gestartet, um bis zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 die Leipzig-Charta weiterzuentwickeln.“

Thomas Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der Bauministerkonferenz: „Wir müssen auch in Zukunft versuchen, funktionierende Kooperationen zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zu schaffen, um heutige und künftige Herausforderungen stemmen zu können. Denn Stadtentwicklung ist keine Aufgabe, die Verwaltungen allein bewältigen können. Uns kommt es vor allem darauf an, auch strukturschwache Regionen oder Orte mit in den Blick zu nehmen und die ganze regionale Vielfalt Deutschlands als Stärke zu berücksichtigen.“

Stefan Schostok, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städttetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover: „Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern gute Chancen für eine lebenswerte Zukunft bieten. Der integrierte Ansatz einer nachhaltigen Stadtentwicklung hilft dabei, den Zusammenhalt in unseren Städten zu fördern und Teilhabe zu ermöglichen, um den Menschen eine gemeinsame Heimat zu sein.“

Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen: „Demographischer Wandel, Zuwanderung, Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums, Sicherheit, neue Mobilitäts- und Verkehrskonzepte oder Digitalisierung sind nur einige Themen, für die aus kommunaler Sicht Lösungen gefunden werden müssen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet den geeigneten Rahmen für den Austausch. Wichtig ist, dass sie als eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen verstanden wird. Die Städtebauförderung als wichtiger Baustein der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist zudem ein unverzichtbarer Eckpfeiler der Stadtentwicklung und muss dauerhaft gesichert und gestärkt werden.“

Mehr Informationen zum Kongress und den Zielen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unter:

www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Deutscher Städttetag verabschiedet „Nürnberger Erklärung“: Die Städte in Deutschland haben ihren Willen und ihre Bereitschaft betont, sich den aktuellen Herausforderungen von Zuwanderung, Investitionsbedarfen, Finanzschwäche, Demografie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu stellen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Sie stehen als Partner von Bund und Ländern bereit, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Partnerschaftliches Miteinander bedeute aber auch, als Partner respektiert und vor

schleichender Überlastung geschützt zu werden. Das hat der Deutsche Städttetag zum Abschluss seiner Hauptversammlung in Nürnberg unter dem Motto „Heimat. Zukunft. Stadt“ in einer „Nürnberger Erklärung“ deutlich gemacht.

Die wieder gewählte Präsidentin des Deutschen Städttetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: „Bund und Länder wissen, dass ohne starke Städte kein Staat zu machen ist. Sie müssen den Rahmen schaffen, damit die kommunale Selbstverwaltung kraftvoll und lebendig sein kann. Dazu gehört eine Finanzausstattung, die den breiten kommunalen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger gerecht wird und auch notwendige Investitionen gewährleistet. Für politische Stabilität im Innern Deutschlands sind zukunftsfähige Städte elementar.“ Lohse bezeichnete kommunale Investitionen als eine Grundlage unseres Wohlstandes. Es sei nicht hinnehmbar, wenn die Städte trotz der sehr guten wirtschaftlichen Lage nicht ausreichend in den Erhalt der Infrastruktur investieren können. Für struktur- und finanzschwache Städte forderte sie gezielte Unterstützung von Bund und Ländern auch beim Abbau von Altschulden.

Der wiedergewählte Vizepräsident des Deutschen Städttetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg sagte mit Blick auf die Herausforderungen, die sich aus verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit und der Alterung der Gesellschaft ergeben: „Öffentlich geförderte Beschäftigung hilft Menschen, die auch in wirtschaftlich guten Zeiten objektiv keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Viele Menschen werden außerdem künftig stärker Unterstützung brauchen, um ihren Alltag auch in zunehmendem Alter zu bewältigen. Auch hierauf muss die Sozialpolitik Antworten geben.“ Eine große Aufgabe wird weiter die Integration der zugewanderten Menschen sein.

Der Oberbürgermeister der Stadt Münster, Markus Lewe, der ab 1. Januar 2018 Präsident des Deutschen Städttetages sein wird, sagte: „Wir müssen jetzt die Weichen stellen für moderne Mobilität und eine umweltverträgliche Fortbewegung. Der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist und bleibt der Grundpfeiler einer nachhaltigen Verkehrspolitik. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren oder das Fahrrad sind dabei keine Gegenspieler. Sie müssen verknüpft werden, auch das Auto wird weiter eine Rolle spielen. In wachsenden Städten mit begrenztem Platzangebot wie zum Beispiel Münster sind alternative Verkehrsmittel und moderne Verkehrssysteme existentiell.“ <http://www.staedttetag.de/pressemitteilungen/082155/index.html>

... und Wohnungsbau

Bündnis für Wohnen und Bauen muss fortgesetzt werden. Im Rahmen eines Spitzengesprächs mit Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks hat das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen am 17.7.2017 seinen Bericht zum Umsetzungsstand der Wohnungsbau-Offensive in Deutschland vorgestellt. Unter Beteiligung der kommunalen Spartenverbände haben die Bündnispartner in den vergangenen zwei Jahren wichtige Impulse gesetzt, damit dringend benötigte Wohnungen – insbesondere im bezahlbaren Segment – errichtet werden können. Im März 2016 hatte das Bundeskabinett die Wohnungsbau-Offensive beschlossen. Diese umfasst ein Zehn-Punkte-Programm. Zu diesem zählen u.a. die verbesserte Bereitstellung von Bauland sowie die verbilligte Abgabe von Grundstücken durch den Bund oder die Stärkung der sozialen Wohnraumförderung. Im Rahmen einer Innovationspartnerschaft entwickelt das Bündnis zudem innovative und wirtschaftliche Ansätze für eine technologieoffene Minderung von Treibhausgasen, damit das gemeinsame Ziel eines nahezu klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050 erreicht und gleichzeitig ausreichend und bedarfsgerechter Wohnraum geschaffen werden kann. Der Bund hat zudem die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau auf mehr als 1,5 Milliarden Euro pro Jahr verdreifacht. Ein weiterer Erfolg der Bündnisarbeit ist die Schaffung der neuen Baugebietskategorie Urbanes Gebiet. Städte und Gemeinden erhalten damit neue Möglichkeiten, um in Stadtlagen Wohnungen im bezahlbaren Segment zu schaffen und gleichzeitig eine Nutzungs-mischung von Wohnen und Gewerbe zu realisieren. Eine aktuelle BBSR-Studie zeigt, dass sich in Deutschland zudem bereits etwa 90 lokale Bündnisse zum Wohnen gegründet haben. Die freiwilligen Vereinbarungen von Kommunen, Wohnungswirtschaft, Eigentümern und weiteren Partnern helfen vielerorts, den Wohnungsbau zu stärken. Der DStGB spricht sich daher für eine Fortsetzung der Bündnis-Arbeit auch in der neuen Legislaturperiode aus. <https://www.dstgb.de>

Städttetag zur Bilanz Wohnungsbau-Offensive. Statement von Dr. Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städttetages und Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg: „Der Deutsche Städttetag begrüßt die durch die Umsetzung der Wohnungsbau-Offensive des Bundes erzielten Fortschritte – die Spirale der steigenden Mieten in den nachgefragten Städten konnte allerdings kurzfristig nicht gestoppt werden. Die Zahlen der Baufertigstellungen und Baugenehmigungen

gungen sind zwar im Laufe des vergangenen Jahres deutlich gestiegen: Unter den knapp 280 000 neuen Wohnungen in 2016 waren – auch dank zusätzlicher Bundesmittel – allein rund 25 000 Sozialwohnungen. Diese Zahl reicht aber bei weitem nicht aus. Die Bilanz der Wohnungsbau-Offensive fällt somit gemischt aus: Zahlreiche Prozesse zur Intensivierung des Wohnungsbaus sind angestoßen worden: Neue Ideen zur Bauland-Mobilisierung und Förderung der Innenentwicklung, flexiblere Stellplatzregelungen, serielles Bauen und eine reflektierte Auseinandersetzung mit Standards aus den Bereichen Energie, Umwelt und Technik. Es bleibt aber nach wie vor viel zu tun, um die angespannten Wohnungsmärkte der Ballungsgebiete spürbar zu entlasten: Die verbilligte Abgabe von bundeseigenen Grundstücken an Kommunen für sozialen Wohnungsbau muss praktikabler gestaltet und auch für eine zweckgebundene Weiterveräußerung an private Investoren geöffnet werden. Eine Investitionszulage des Bundes für den Bau preisgünstiger Mietwohnungen, ggf. ergänzt um eine steuerliche Sonderabschreibung ist geboten, um das mittlere Preissegment wirksamer bedienen zu können.“ <http://www.staedtetag.de/presse/statements/082673/index.html>

Landkreistag gegen Änderung des Grundgesetzes für sozialen Wohnungsbau. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Wir sollten das Rad der Föderalismusreform nicht wieder zurückdrehen, wonach seit 2006 die Länder die alleinige Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung tragen. Deren in letzter Zeit intensivierte Anstrengungen beim Wohnungsbau tragen erste Früchte. Das Letzte, was wir daher in einer solchen Situation brauchen, ist ein Hü und Hott bei den dahinterliegenden rechtlichen und politischen Strukturen, schon gar nicht in Gestalt einer Doppelverantwortlichkeit von Ländern und Bund. Sollten die Länder dauerhaft finanziell mit dieser ihrer Aufgabe überfordert sein, sieht das Grundgesetz eine Anpassung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern vor.“ Unbestreitbar ist, dass es in vielen großen Städten, aber auch in wachsenden Landkreisen weiteren Wohnungsbau bedarf. „Es ist Sache der Länder, an dieser Stelle die Entwicklung zu befördern und ihre Verantwortung kraftvoll auszufüllen. Gleichfalls ist und war es hilfreich, dass der Bund den Ländern über eine Erhöhung der Kompensationsmittel hilft, ihrer Aufgabe der sozialen Wohnraumförderung wirksamer als bisher nachzukommen. Diese Mittel waren und sind aber seit den Absprachen im Rahmen

der Föderalismusreform bis 2019 befristet“, verdeutlichte Henneke. Diese klaren Strukturen dürften nun nicht durch ein Zurückdrehen der Verantwortlichkeiten im Sinne einer Zuständigkeit des Bundes für dieses Themenfeld konterkariert werden nur, weil der Bund derzeit hohe Überschüsse erzielt und gern über die Hintertür diesen Bereich mitgestalten würde. <http://www.landkreistag.de>

Berichte aus der Praxis

Deutscher Bauherrenpreis 2018 – Die Nominierten stehen fest: Berlin. Der Deutsche Bauherrenpreis 2018 zeichnet hervorragende Wohnungsbauprojekte aus, die am Spannungsfeld von hoher Qualität und tragbaren Kosten ansetzen und dabei die besondere Rolle des Bauherrn hervorheben. „Die Vorhaben sind hervorragende Beispiele für das breite Spektrum des innovativen Wohnungsbaus in Deutschland, vom Beitrag zur Stadtreparatur über die Erneuerung des Bestandes bis hin zu ganzen neuen Wohnquartieren“, so die Einschätzung des Juryvorsitzenden. Die nominierten Projekte für den Deutschen Bauherrenpreis 2018 können eingesehen werden unter <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/082765/index.html>

Planungspraxis deutscher Städte

– Neue Materialien zur Planungskultur: Broschüre mit Dokumentation von 55 Projekten aus 34 Städten. Innovative Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Stadtentwicklung, der Stadtplanung und in Fachplanungen setzen sich durch, wenn Kommunalpolitik und ihre Verwaltung unter günstigen Bedingungen Mut und Tatkraft zum eigenen Experiment aufbringen. Die Publikation „Planungspraxis deutscher Städte – Neue Materialien zur Planungskultur“ dokumentiert solche Projekte, welche jenseits des Alltagsgeschäfts verwirklicht wurden. Als Pdf-Datei zum Download unter: <http://www.staedtetag.de/publikationen/materialien/077620/index.html>

Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben: Das Difu analysierte im Auftrag des Umweltbundesamtes die Beteiligung der Öffentlichkeit in 20 Verfahren zur Planung und Zulassung umweltrelevanter Vorhaben. Dabei hat es untersucht, wie informelle und formelle Beteiligung verzahnt wurden, welches Rollenverständnis die unterschiedlichen Akteure hatten und welche Ansätze zu einer inklusiven Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und (Umwelt-)verbänden genutzt wurden. <https://difu.de/publikationen/2017/beteiligungsverfahren-bei-umweltrelevanten-vorhaben.html>

Zusammenstellung: Ulli Jäckel

IAO-Empfehlung zu Krisen und Migration

Ein zentrales Dokument hat die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) auf ihrer 106. Arbeitskonferenz (5. bis 16. Juni in Genf) verabschiedet. Die neue IAO-Empfehlung 205* ersetzt die Empfehlung Nr. 71, Menschenwürdige Arbeit für Frieden, Sicherheit und Katastrophenresilienz von 1944, die Antworten auf durch Konflikte, Katastrophen und (kriegerische) Konflikte ausgelöste Krisen geben sollte. Die Staaten sind aufgefordert, die neue Empfehlung umzusetzen, die IAO-Strukturen sollen einen Umsetzungsplan erarbeiten.

Vorgelegt wird mit der Empfehlung ein relativ umfassendes Programm für die Bearbeitung von Krisen und (kriegerischen) Katastrophen im Bereich der wirtschaftlichen Tätigkeiten, einschließlich der industriellen Beziehungen, der Arbeitsmarktorganisation und der Antidiskriminierung im Wirtschaftsleben. Immer wieder finden sich in dem Text Bezüge zu einzelnen IAO-Übereinkommen. Die Bandbreite der behandelten Phänomene reicht von allgemeiner Migration, die Rolle der Beschäftigtenorganisationen und der Arbeitgeberverbände, Antidiskriminierungspolitiken, Arbeitsmarktzugang und Ausbildung, die Einbeziehung von Migranten und Flüchtlingen in die sozialen Sicherungssysteme bis zu den besonderen Bedingungen von Frauen etwa in Kriegsgebieten, wo sie häu-

Kapitel der IAO Empfehlung 205

- I. Ziele und Geltungsbereich
- II. Leitende Prinzipien
- III. Strategische Ansätze
- IV. Beschäftigung und Einkommensmöglichkeiten
- V. Rechte, Gleichheit und Antidiskriminierung
- VI. Bildung, Berufsbildung und Beratung
- VII. Soziale Sicherheit
- VIII. Arbeitsrecht, Arbeitsverwaltung und Arbeitsmarktinformationen
- IX. Sozialer Dialog, Rolle der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen
- X. Von Krisen betroffene Migranten
- XI. Flüchtlinge und Rückkehrer
- XII. Prävention, Mitigation und Vorbereitung
- XIII. Internationale Kooperation
- XIV. Schlussbestimmungen



Im italienische Süden, aber nicht nur dort, hat sich in der Landwirtschaft basierend auf völliger Abhängigkeit eine eigene ökonomische Struktur der sklavenähnlichen Ausbeutung von über das Mittelmeer angekommenen Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus entwickelt. Allein in der Region um Foggia/Apulien haben sich sechs Gettos gebildet, in denen bis zu 3000 Menschen leben. Insgesamt schätzt die Branchengewerkschaft FLAI-CGIL, dass etwa 430 000 Menschen in das System, dass auch „Caporalato“ (traditionelles, später verbotenes System, in dem Mittelsmänner, die alles entscheiden, Menschen an Arbeitgeber vermitteln) genannt wird, eingebunden sind. (Foto) <https://idjournal.co.uk/2017/03/09/modern-slavery-in-italian-agriculture/>

fig alle Rollen der Männer übernehmen, dann aber nach deren Rückkehr wieder aus dem ökonomischen Leben gedrängt werden. Zwangarbeit wird ebenso behandelt wie die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen oder Bedingungen für deren sichere Rückkehr in die Heimat nach Beendigung gewalttätiger Konflikte. Ein deutlicher Schwerpunkt bildet der Schutz der am meisten gefährdeten Gruppen (Frauen, Kindern, Vertriebene und jungen Menschen).

In einer ebenfalls von der Konferenz verabschiedeten Resolution zu einer fairen und effektiven Steuerung von Arbeitsmigration geht es um die aktuelle Operationalisierung der beiden Übereinkommen Nr. 97 (Über Wanderarbeiter 1949 – Revidiert) und Nr. 143 (ergänzende Bestimmungen zum Wanderarbeiterübereinkommen – 1975). Die Resolution formuliert künftige Aktivitäten, die die IAO vorantreiben und fördern will. Dies sind unter anderem:

- Die bessere Verbreitung von nutzerfreundlichen Materialien bezüglich der IAO-Übereinkommen.

- Erleichterung einer sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Freizügigkeit von Personen, auch unterstützt durch entsprechende Migrationspolitiken der Mitgliedsstaaten.

- Die Förderung von bilateralen und multilateralen Vereinbarungen zwischen den Herkunfts-, den Transit- und den Zielländern von Arbeitsmigranten unter Einbeziehung der Sozialpartner.

- Unterstützung zu organisieren, damit Wanderarbeiter Qualifikationen erwerben können und ihre formal oder informell erworbenen Qualifikationen

Mobilitätspartnerschaften erleichtern Abschiebungen aus Europa.

Medico international – Schwerpunkt Migration und Flucht, Mi., 5.7.17. Ein relativ neues Element der EU-Migrationspolitik sind „Mobilitätspartnerschaften“, von denen schon einige geschlossen wurden, um migrations- und entwicklungspolitische Ziele zu verbinden. Auch Mali wird zu einer solchen „Partnerschaft“ gedrängt, die Rückübernahmemodalitäten beinhaltet. Kommt es zur Unterzeichnung, können EU-Staaten Eingewanderten ohne Papiere Ersatzdokumente („Laissez Passer“ = Passierscheine) ausstellen, die Abschiebungen auch ohne Zustimmung der Botschaften ermöglichen. Auch ohne Zustimmung Malis wurden seit 2016 Personen aus Frankreich und Schweden mit EU-Laissez-Passer-Papieren nach Mali abgeschoben.

Ein Praxisbericht: *Erzwungene Rückkehr nach Afrika*. Ousmane Diarra von der Abgeschobenenselbstorganisation AME sprach mit Medico International: „Die Idee der Laissez-Passer-Papiere entstand auf dem Gipfeltreffen europäischer und afrikanischer Staaten 2015 in Valletta. Ein Ziel des Treffens war die „Verbesserung der Zusammenarbeit bei Rückführung und Rückübernahme“. Die Länder des Südens waren mit den Beschlüssen nicht einverstanden. Unsere Regierungen sagten, sie akzeptierten Abschiebungen mit diesen europäischen Passersatzdokumenten nicht. Ein Migrationssteuerungs-Fonds (ca. 2,5 Mrd. Euro) wurde eingerichtet, um den enormen Konkurrenz entstand. Die afrikanischen Regierungen machen sich Sorgen um ihre Bevölkerung, die stark auf Migration angewiesen ist. Der Druck wächst, den Forderungen der EU nach Abschiebeleichterungen nicht nachzugeben. Wir als AME sind angetreten, um die Rechte der MigrantInnen zu verteidigen und verurteilen erzwungene Rückkehr in jeder Form. Bei einem Großteil der Rückführungen kann nicht von Freiwilligkeit gesprochen werden. Die Menschen werden sogar belogen, man erzählt von Reintegrationsmaßnahmen nach ihrer Rückkehr. Es wird ihnen vorgegaukelt, dass sie über längere Zeit Unterstützung bekämen. Wir haben ein Programm für MigrantInnen entwickelt, die von der „freiwilligen“ Rückkehr enttäuscht wurden, die daran zerbrechen und psychosoziale Schäden davontragen, um ihren Fall ins ‚Nichts‘ aufzufangen. Durch Hausbesuche unterstützen wir die Wiederaufnahme in das soziale Umfeld. Wir entwickeln ein Projekt, das sich mit Agrarwirtschaft und Viehhaltung beschäftigt.“

Quelle: www.medico.de, Interview: Ramona Lenz und Sabine Eckart, gekürzt von Rosemarie Steffens, Langen (Hessen)

Blick in die Presse

Der Kampf der AfD gegen die herrschende politische Kultur

AfD und Co. betreiben einen „Kulturkampf von rechts“, hieß es in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte (Nr. 6-7/2017, S. 24). Was sind Inhalt und Stoßrichtung dieses Kampfes? Zu einem entscheidenden Punkt wurden im Sommer 2017 Ergebnisse einer Recherche „Für einen schwarz-rotgoldenen Schlussstrich“ veröffentlicht. Sie untersuchte die bildungs- und kulturpolitischen Aktivitäten der AfD speziell mit Blick auf die politische Bildung, und zwar in den zehn Landtagen, in denen die Partei (bis März 2017) vertreten war. Das Fazit lautete: Movens des Engagements in Sachen Bildung und Kultur ist ein nationalistisches Denunziationsinteresse, passend zum Idealismus alternativer politisch-pädagogischer Indoktrination.

Dabei vertritt die AfD keine Positionen, die groß aus dem Rahmen fallen. Sie sammelt im Grunde nur ein, was sich in den letzten Jahrzehnten vom christlich-sozialen Konservatismus bis weit in die SPD und die Grünen hinein an Rechtstrend herausgebildet hat und was als Gesinnung in der legendären Mitte der Gesellschaft sowieso zuhause ist. Ein Alleinstellungsmerkmal in Merkels Land kann sie am ehesten bei den traditionellen Family Values verbuchen, die sie hochhält und gegen den Trend von Diversity und Gender Mainstreaming – bei gewissen Inkonsistenzen, siehe z.B. die AG Homosexueller in der AfD – wieder in der Familienpolitik verankern will. Alles andere, so etwa die Forderung nach einem Schlussstrich unter den ewigen „Kult mit der Schuld“, also nach Beendigung der NS-Vergangenheitsbewältigung, und der Betonung nationalen Selbstbewusstseins ist von Leuten wie Strauß oder Augstein abgeschrieben. Ja, es deckt sich mit Merkels Anliegen, Deutschland als weltoffene und zur Weltführung prädestinierte Nation zu präsentieren, die sich wegen ihres prinzipiellen Verantwortungsbewusstseins und ihrer tiefgreifenden Läuterung von keinem mehr etwas nachsagen lassen muss; die im Gegenteil alles Recht der Welt hat, moralisch aufzutrompfen und auf dem Globus nach dem Rechten zu sehen.

Die AfD sieht in der regierungsoffiziellen Haltung gegenüber dem Ausland – ursprünglich der europäischen Währungsunion – und den Ausländern – speziell seit Merkels Flüchtlingspolitik 2015f – das entscheidende deutsche Politikversagen. Das soll nicht mehr allein vom oppositionellen

Standpunkt einer besseren (Personal-)Alternative bekämpft, sondern als ein Verbrechen an Staat und Volk gebrandmarkt werden. In diesem Sinne fasst die Partei in der Präambel ihres Grundsatzprogramms ihren Gründungsimpuls zusammen: „Dem Bruch von Recht und Gesetz, der Zerstörung des Rechtsstaats und verantwortungslosem politischen Handeln gegen die Prinzipien wirtschaftlicher Vernunft konnten und wollten wir nicht länger tatenlos zusehen.“ In dieser Krisendiagnose spielt die politische Bildung eine zentrale Rolle. Die Partei eröffnet ihr Programm, bevor das runde Dutzend der einzelnen Politikfelder abgearbeitet wird, mit einem Grundsatzkapitel über Demokratie und Grundwerte. Dort wird in einem Vorspann die Krisendiagnose präzisiert. Die Deutschen leben demzufolge in einer Art Unrechtsregime, in dem sich die „unantastbare Volkssouveränität als Fundament unseres Staates als Fiktion herausgestellt“ habe.

Die AfD stellt diese Lage nicht nur fest, sie bietet auch eine Erklärung für den Demokratieverfall an, die eine eindeutige Schulzuweisung an die politische Bildung enthält: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schaltthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“ Das Staatsvolk der Bundesrepublik, lautet dann der Schluss, sei aufgerufen, den „illegitimen Zustand“ zu beenden. Man möchte also das sein, was Höcke in seiner Dresdener Rede als „inhaltliche Fundamentalopposition“ bezeichnete: eine quasi-aufständische Bewegung, die mehr will als die Normalität eines Regierungswechsels. Dieser Grundgedanke von der Rückeroberung der Staatsmacht durch das Volk verbindet ja die neue Internationale der Nationalisten. Ob Trump oder Le Pen, der Feind ist das „Establishment“ bzw. „L'Establishment“, in dem die politische Klasse und die Me-

dien (die „Lügenpresse“) zu einer Einheit verschmolzen sind, die sich auf Kosten des Volkswohls bereichert.

Die AfD bringt in dieses Feindbild die spezielle Note der pädagogischen Indoktrinierung ein. Inhaltlich heißt das: Angriff auf alles, was links ist. Da kommen die gängigen Unterwanderungs- und Bedrohungsszenarien zu Zuge, wie sie etwa in den USA ein Pat Buchanan oder Andrew Breitbart, in Deutschland ein Thilo Sarrazin verbreitet. Da wird dem „Kulturmarxismus“ der Kampf angesagt. Dass die AfD heutzutage mit dem Indoktrinationsvorwurf auftritt und – zumindest in begrenztem Umfang – auf Resonanz stößt, ist ein fatales Erbe aus politischer Kultur und Selbtkritik des Bildungsbetriebs. Ende des 20. Jahrhunderts begann dort die Polemik gegen die „Belehrungskultur“ oder gegen die „missionarische Bildung“; die 68er wurden als selbstherrliche Aufklärer identifiziert, die sich ungeheuerlicher Weise anmaßten, gegen ein „falsches Bewusstsein“ vorzugehen; Aufklärung wurde als eine „oberlehrerhafte“ Attitüde diskreditiert, die die Adressaten für Gesellschaftsveränderung, für „Utopien“ in Beslag nehmen wolle, statt ihnen „kundenorientiert“ die notwendigen Kompetenzen für den Daseinskampf im modernen Alltagsleben nahezubringen. Frauke Petry hat z.B. im Streitgespräch mit Katrin Göring-Eckardt (Die Zeit, 26.1.2017) diese Vorwürfe erneuert, und zwar an die Grünen als ehemalige Anti-Establishment-Partei adressiert. Diese wollten „Utopien verkaufen“ und die „Vision vom neuen Menschen fortschreiben“, wogegen Petry Protest einlegte: „Aber der Mensch ist, wie er ist. Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft sollte ihn nicht umerziehen, sondern mit all seinen Facetten abbilden.“

Die AfD interveniert also gar nicht mit einer neuen Idee in den eingespielten Betrieb politischer Pädagogik, um die etablierten Verhältnisse umzukrempeln (ein Betrieb übrigens, der seine eigenen Schwierigkeiten mit dem Kampf „gegen rechts“ hat). Von einem Kampf um kulturelle Hegemonie im strengen Sinne – dem Ringen um Auswechslung eines herrschenden Paradigmas – kann man also nicht reden. Was wir aktuell, gerade nach den Hamburger Protesten und den Ansagen von de Maizière oder Maas, erleben, ist eher eine „Querfront aus CDU, CSU, SPD, AfD, FDP und NPD“, wie die Junge Welt (12.7.2017) schrieb. Die Nation schließt jede Kritik von links aus. Wer – wie dezidiert auch immer – an den Klassencharakter dieser Gesellschaft erinnert und die Lüge von der Volksgemeinschaft angreift, gehört nicht zu Deutschland, zum „besten Deutschland“, wie wir seit Gauck wissen, „das es je gab“.

Johannes Schillo

Quellen: Johannes Schillo, Für einen schwarz-rotgoldenen Schlussstrich. Außerschulische Bildung, Nr. 2/17, online: <http://www.adbildungstaetten.de/content/zeitschrift-ausserschulische-bildung-ausgabe-2-2017> • Johannes Schillo, Alternative politische Bildung für Deutschland. Auswege-Magazin, 16. Juni 2017, online: <http://www.magazin-auswege.de/tag/schillo/> • Johannes Schillo, Pädagogik gegen rechts, ächz. IVA, Juli 2017, https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts17#dokuwiki__top.

Die Parteien am Point of Sale

Ach, Volk, du obermieses,
Auf dich ist kein Verlaß.
Heute willst du dieses.
Morgen willst du das.

Peter Hacks*

Die Parteien haben, bis auf die SPD, ihre Wahlkampagnen präsentiert, die Werbung beginnt. Es muss sich nun beweisen, was sie im Kundenkontakt (um nur kurz im Wirtschaftsjargon zu bleiben) zu bieten haben. Folgende Analyse beschäftigt sich allein damit. Sonntagsfrage, Wählervolatilität usw. seien mit dem vorangestellten Zitat von Peter Hacks für diesmal erledigt.

CDU/CSU und SPD – Kreuzfahrt oder Passage?

Es scheint mir unmöglich, die Wahlstrategien und die Kampagnen der beiden großen Parteien unabhängig voneinander zu beschreiben. Sie sind so fundamental verschieden voneinander, dass in deren Gegenübersetzung die Qualität der einzelnen Positionierung erst recht hervortritt.

Die CDU unter Führung der Kanzlerin hat sich auf eine Kampagne von großer Stimmigkeit, Klarheit und Stärke festgelegt. Sie ist deutlich konservativ, allerdings nicht in diesem schlechten, herabsetzenden Sinne, der im Deutschland üblichen Gebrauch dieses Wortes steckt. Ich will das in drei Punkten erläutern.

Der erste Punkt betrifft, was man den „aufgeklärten Menschenverstand“ nennt, also den Blick für Zeitgeist und die mentale Lage der eigenen Klientele, ja großer Teile der Bevölkerung. Den muss man Angela Merkel resp. ihren Beratern zubilligen. Es gibt in Deutschland eine stabile wirtschaftliche Lage unter instabilen äußeren Bedingungen. Den allermeisten Menschen geht es gut und so solle es auch bleiben. Besitzstandswahrung ist die erste Sorge. Wenn im gemeinsamen Wahlprogramm der Union davon die Rede ist, man lebe heute im schönsten und besten Deutschland, das wir je hatten, so beschreibt es genau jene Kollektivwahrnehmung der älteren Teile der Bevölkerung (ü45!) – und das sind die weitaus zahlreichsten Jahr-

gänge. Aber der Satz ist tiefgründiger, er greift nicht nur die „goldene“ Gegenwart auf, die es zu bewahren gilt (Motto der Kampagne: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“), er formuliert zugleich den Zeitgeist einer Gesellschaft, die keine Hoffnung mehr in die Zukunft zu haben scheint.¹

Der zweite Punkt betrifft Merkels Antwort, ihren Politikstil. Angela Merkel entspricht in vielen Zügen dem Bild eines konservativen Politikers, wie ihn Halifax in seinem Essay „The Character of a Trimmer“ (1688) beschrieben hatte: Ein Trimmer setzt sein Gewicht ein, um das Schiff in ruhigem Gleichgewicht zu halten. Dazu braucht es Wissen um das Spannungsfeld der Politik, in dem er sich bewegt, und Urteilskraft, um die passende Gelegenheit und Richtung für ein Manöver zu erkennen.²

Genau das prägt Wahlprogramm und Kampagne der Union, es werden politische Untiefen, Klippen und Passagen benannt: Europa muss gestärkt werden, Orban hin, Erdogan her. Die Wirtschaft muss ganz vorn sein im globalen Wettbewerb, sonst gibt es keine sichere Arbeit. Die Familie ist der Kern der Gesellschaft, der Mannschaft. Und es muss Ordnung herrschen an Bord, sonst wird die Fahrt unsicher.

Angela Merkel entspricht, dritter Punkt, der großen Sehnsucht nach Autorität, wie sie weithin grasiert. Und sie hat wie niemand sonst in der deutschen Politik bewiesen, dass sie zu jähnen Wendungen fähig ist, wenn es gilt, das Schiff zu sichern. Zuletzt in Sachen gleichgeschlechtlicher Ehe, vorher beim Atomausstieg oder in der Russlandpolitik.

Bedeutsam im Vergleich mit der Strategie der SPD und ihres Kandidaten Martin Schulz ist, dass es im konservativen Politikverständnis für die Reise kein Ziel gibt, keinen Hafen. Der Weg ist das Ziel, man will gut und gerne leben. Martin Schulz trat auf und an mit der harschen Kritik am Kurs der Kanzlerin. Er und die SPD redeten davon, wohin die Reise gehen sollte, nämlich in das Land der sozialen Gerechtigkeit. Aber diejenigen, die ihm zujubelten, wollten da ja nicht hin, sie wollten auch nur „gut und gerne“ in Deutschland leben. Und weil Schulz dann allerlei Ideen produzierte, wie das Land denn aussehen sollte und was alles da zu ändern sei, Europa demokratisieren, Digitalisierung sozial gestalten usw., da folgten ihm die Leute nicht länger. Veränderungen mochten sie nicht.

Daraufhin schwenkte die SPD um und

beschrieb ein anderes Land, wo es hingehen sollte, die Zukunft. Auch für dieses künftige Land sollte das jetzige umgestaltet werden, vor allem durch staatliche Investitionen. Aber, wie wir wissen, die Hoffnung in die Zukunft ist nicht unbedingt sehr stark verbreitet in Deutschland.

Man kann es geradezu als tragisch empfinden, dass der Kandidat, der kein konservatives Politikmodell anbietet, dessen Politik eine Richtung, ein Ziel kennt, gegen den Zeitgeist und deren Inkarnation nicht ankommt. Woran liegt das? Meines Erachtens an dem gänzlichen Mangel an Utopie, natürlich bräuchten wir einen gründlichen Kurswechsel des Gesellschaftsschiffes – aber da meutert noch jede Mannschaft in Europa bei Wahlen.

Entschieden ist in dieser Konstellation noch nichts. Angela Merkel kann jederzeit an unerwarteten Hindernissen scheitern, der äußeren Krisen sind viele. Auch häufen sich die inneren Bedrohungen, die Automobilkrise, die Gewaltexzesse und das Staatsversagen, was zu Unzufriedenheit unter der Mannschaft führt, der Verwaltungen, der Polizei und Justiz, der Bundeswehr, dem Bildungssektor und so weiter. Angela Merkel ist nur solange sicher auf der Brücke, wie sie liefert.

Zur Kampagne der SPD ist noch nichts zu sagen. Die der Union ist bekannt: 5 Themenplakate, 1 Merkel-Plakat, konzentriert auf die Topthemen der aktuellen Agenda. „Für Sicherheit und Ordnung“, „für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeit“, „für mehr Respekt vor Familien“, „Europa stärken heißt Deutschland stärken“, „für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“.

Die Beziehungsebene stimmt. Die Typographie ist gut lesbar; in der Form ist die Graphik modern, aber solide. Die deutschen Farben nicht kompakt als Flaggenhintergrund, sondern spielerisch.

Wichtig das Grau: es ist Platz für alle, die sich nicht schwarzrotgold definieren. Und es ist kein Logo darauf, es geht um das Land, nicht die Partei.

FDP – freie Fahrt dem Einzelnen!

Die FDP hat einen starken Messenger, Christian Lindner positioniert die Partei als eigenständig und interessant für das breite Unternehmertum; klassisch marktmonoton und neoliberal, mit kalter Schulter für alles, was kostet und nix bringt, auch für Flüchtlinge. Beispielsweise will die FDP die Leiharbeit deregulieren, mehr Wettbewerb der Krankenkassen, Steuergeschenke für Besserverdienende, mehr private Altersvorsorge, viel ÖPP bei Investitionen in Infrastruktur usw. usf. Das ist eine klare Botschaft, ein klares Agenda Setting, was die Partei in den Bundestag zurück bringen könnte.

Soweit, so gut. Aber da ist, das verrät die

* https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Hacks. Peter Hacks (* 21. März 1928 in Breslau; † 28. August 2003 bei Groß Machnow) war ein deutscher Dramatiker, Lyriker, Erzähler und Essayist. Er begründete in den 1960er Jahren die „sozialistische Klassik“ und gilt als einer der bedeutendsten Dramatiker der DDR. Hacks war der einzige deutsche Bühnenautor, dessen Stücke sowohl in der DDR als auch in der BRD oft gespielt wurden. Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe war sein größter Erfolg.

nun vorgestellte Kampagne, noch etwas mehr zu erkennen. „Wir sind ein Stück weit Weltmeister im Weiterwurschtern geworden und wir sind nicht immer gut darin Probleme zugeben. Wir sind viel besser darin zu sagen, dass eh alles super ist: Bestes Sozialsystem, super Wirtschaftsstandort, wir schaffen das. Und: Veränderungsbereitschaft. Die ist oftmals bei uns nicht wirklich gegeben“. Ein Zitat von Christian Lindner? Nein, das ist von Sebastian Kurz, er wurde mit dieser Rede unlängst zum Chef der ÖVP gewählt. Sein Motto: „Zeit für Neues“.³ Das Bemerkenswerte ist, dass Kurz seine

Partei zur Wahlpartei umformiert hat, sie heißt jetzt „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“. Er folgt damit einem Trend, wie wir ihn jüngst in Frankreich beobachten konnten.

Christian Lindner verfolgt eben diesen Kurs, seine Partei als Bewegungspartei aufzustellen, nicht nur darin, die bestehende Regierungspraxis frontal anzugreifen und dagegen etwas vermeintlich ganz Neues zu setzen (Sein Motto ist: „Denken wir neu“). Auch die ausschließliche Fokussierung auf die eigene Person, jung, smart, unternehmerisch und politisch unverbraucht, gehört dazu. Veränderung und Bewegung, Wettbewerb ohne Fesseln und Leistung als alleiniger Maßstab sozialer Geltung (die FDP will schon unter Zuwanderern nach den „starken Personen“ suchen lassen!) als politischer Kult einer Generation, einer Schicht, von Menschen – das ist das Programm der FDP. Und Lindner treibt diese Art von Neo-Liberalismus auf die Spitze, er verkörpert den Einzelnen, der sich, wie auf den Großflächen, narzistisch darstellt.

6000 Großflächen haben die FDP-Kreisverbände (!) gekauft. Mehr als doppelt so viele, wie die Bundespartei Die Linke bezahlen kann.

Die ersten vorgestellten Motive sind grenzwertig werberisch, vielleicht etwas zu posh (edel).

Generell setzt man auf den werberischen Blitz, höchste Aufmerksamkeit in kürzester Zeit durch CMYK.⁴ Der FDP sind sie schwer zuzuordnen, leicht aber dem Lindner ...

Dazu gibt es viel kleinen Text, das signalisiert Dialogbereitschaft, den Anspruch, noch viel mehr zu sagen zu haben und damit die Wählerschaft ernst zu nehmen. Das ist nicht neu, auch die Idee mit dem ganzen Wahlprogramm auf einer Großfläche ist aufgewärmt, funktioniert aber immer noch.

Und die Kampagne selektiert unverzüglich im programmatischen Sinne: Digi-



auf 9 Regierungsbeteiligungen. Doch die Umfragen sanken in zwei Wellen: Im November 2016 kam man auf 10% herunter und im Januar 2017 landete man dann bei den 8%, die bis heute gemessen werden. Zum ersten Abschwung dürfte die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten beigetragen haben, sie war das Mega-Thema und damit rückte der Klimawandel gegenüber den außenpolitischen/globalen Unsicherheiten zurück. Im Januar 2017, die Unsicherheiten ließen die Frage, wer damit, auch mit Trump, am besten umgehen könnte, bedeutsamer werden. Mit der Nominierung von Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt als Spitzenkandidaten sowie dem sogen. Schulz-Hype, Angela Merkel stand als erneute Kandidatin der Union fest, gerieten die Grünen dann ins Hintertreffen.

Koalitionsstrategisch sind die Grünen seit langem auf Äquidistanz zu SPD und CDU: Egal, mit wem man regiere, die Hauptsache sei, grüne Politik zu implementieren. Das lebt die Partei auch in den verschiedenen Regierungsbeteiligungen recht erfolgreich vor. Allerdings bereitet die damit verbundene programmatische Spreizung für eine Bundestagswahlkampagne einige Probleme, die Wählerschaft möchte bei einer Bundestagswahl dann doch gern wissen, woran sie bei den Grünen ist.

Die Partei hat darum ein Wahlprogramm großer Flexibilität beschlossen, voller Bekenntnisse und Appelle, die dann nur teilweise in 75 Projekten wieder auftauchen und von denen in den 10 Punkten des Regierungsprogramms, also der Verhandlungsbasis für eine mögliche Koalition, zwar wenig bleibt.⁵ Aber es ist in der Tat ein verbindliches Angebot, für die Wählerschaft gut überschaubar.

Doch dieser 10-Punkte-Plan hätte, so wohl die Einschätzung der Kampagnenmacher, die Partei auch nicht aus der Defensive heraus gebracht. Darum wur-

alisierung, Dynamik und Schnelligkeit. Aber eben selbstverliebt, das Richtige für selbstbewusste Leistungsträger. Alle anderen, besonders die Alten dürften eher Angst bekommen, den Anschluss zu verlieren. Die nimmt die FDP nicht mit. Will sie aber auch nicht.

Bündnis 90/Die Grünen – zurück auf dem Ökotrip

Den Grünen sollte es eigentlich vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 nicht bange sein. Regieren sie doch in 10 Bundesländern, die Union kommt nur

den (1) die Themen für die Plakate und Großflächen noch einmal selektiert und (2) Botschaften auf einem noch höheren Abstraktionsniveau formuliert.

Die Positionierung wird sehr deutlich: Mit den Großflächen werden die Begriffe „Zukunft“ und „Umwelt“ ganz nach vorn gebracht. Die zweite Ebene bilden die Themenplakate mit drei klassisch grünen Themen „Gesundes Essen“, „Schluss mit Kohle“ und „Umwelt“, zwei Themen zum Image der Partei als weltoffen, tolerant und libertär: „Europa“ und „Integration“ sowie zwei sozialen Themen: „Lohngleichheit“ und „Kinderarmut“.

Die dritte Ebene bilden die Plakate der zwei Spitzenkandidaten, von denen Cem Özdemir das Thema „Wirtschaft und Umwelt“ und Katrin Göring-Eckardt das Thema „Klimaziel“ besetzen.

Interessant ist, welche der zehn Punkte des Regierungsplans es nicht auf die Plakate geschafft haben: „Soziale Sicherheit“, „Freiheit sichern“, „Familie“ und „Fluchtsursachen bekämpfen“. Die Grünen lassen also Sicherheit i.w.S., das soziale Kernthema Familie sowie das umstrittene Thema Flucht werberisch außen vor.

Graphisch dominieren die Farben Grün für die Wiedererkennung und Magenta für die Aufmerksamkeit. Das Symbolische, die Taube, die Erde, der Eisbär oder ein Apfel signalisieren, worum es geht. Das muss auch sein, denn für grüne Verhältnisse gibt es viel Text. Der ist zudem mit vielen „nicht“, „kein“ und „nichts“ gespickt, ein Kommentar in der „Welt“ vermutete als Absicht die „Betörung durch Verneinung“ dahinter.⁶ Die Kampagne erscheint mir als etwas melancholisch, man versucht, die grünen Themen zu retten, das ist m. E. etwas defensiv; da ist wenig Spaß oder Optimismus, die Spitzenkandidaten stehen so da, sicher entschlossen und optimistisch, die Hände in den Taschen oder in der Hüfte, lächelnd, doch die Lippen schmal. Irgendwie auch ein Ausdruck des bohrenden Selbstzweifels.

AfD – auf dem KdF-Dampfer/unterwegs im christlichen Abendland

Die Partei ist nach wie vor von Macht- und Führungskonflikten sowie Richtungs-



kämpfen gezeichnet. Da ihre (einige) Stärke darin liegt, in politischen Krisensituativen Konflikte aufzunehmen, die andere Parteien liegen lassen und sie als kulturelle Konflikte, als Wertekonflikte zu präsentieren, ist der Zuspruch, den sie erfährt, eben auch davon abhängig, ob derartige Konflikte akut ausbrechen. Aktuell ist das nicht der Fall, die AfD ist gewissermaßen im Standby-Modus.

Programmatisch dominiert im Wahlprogramm wie im Wahlkampf der Trend nach rechts, auch zum Völkisch-Nationalen. Allerdings kommt, was ja zu erwarten gewesen wäre, das Staatsversagen und die Forderung nach einem starken nationalen Staat in der Kampagne der Bundespartei nicht zum Ausdruck. Man weiß, dass die „liberale“ Spitzenkandidatin Alice Weidel für weniger, für den „schlanken“ Staat eintritt, wohingegen ihr Partner im Amt Alexander Gauland eher national etatisch tickt.

Man hat sich für eine andere Stoßrichtung der Kampagne entschieden. Es werden die Themen auf Plakaten und Großflächen erscheinen, die am stärksten polarisieren. Das sind, nach Aussage einer neuen Studie der Bertelsmann-Stiftung, die Themen „mehr Europa“, „mehr Umverteilung“ und „weniger Flüchtlinge“, während „Umweltschutz“ und „Wirtschaftswachstum“ dagegen zurückbleiben.⁷ Die AfD hat sich für drei islamfeindliche Motive („Burka?“ – Ich steh‘ mehr auf Burgunder! „Burkas?“ – Wir steh’n auf Bikinis. „Der Islam?“ – Passt nicht zu unserer Küche.), weitere ge-

milienmotiv und die direkte Demokratie hinzu.

Streit gibt es um die Umsetzung der Themen, die Kampagnenmacher wollten positiv und witzig sein, heitere Stimmung verbreiten, ohne dabei an Aggressivität zu verlieren. Sie mussten lernen, dass Politik, Parteipolitik zumal und noch mehr der Wahlkampf in Parteikreisen als eher spaßfreie Angelegenheit gilt. Breite Teile der Partei verweigern die Nutzung der Plakate, sie dürfen sich offiziell anderer Motive bedienen, der Landesverband Bayern hat trocken daherkommende alternative Plakate im Angebot. Aber die sind eben nicht nur in der Tonalität unterschieden von denen der Bundespartei, sondern auch thematisch. Familie („Kinder! Machen! Spaß!“), Frauenrechte („Die Freiheit der Frau ist nicht verhandelbar!“) und Staat/Grenzkontrolle („Grenzen schützen!“) werden angeboten. Die Bundeskampagne zielt eher auf ein männliches Publikum, die der Bayern-AfD auf ein stärker weibliches.

Die große Frage ist für die AfD, ob eine neue Flüchtlingskrise bis zum Herbst kommt oder nicht. Wenn nicht, dann fehlt ihr das notwendige mobilisierende Leithema für ihren Wahlkampf. Zwar ist es richtig, dass die AfD aktuell kein Alleinstellungmerkmal mehr hat, Europa, Flüchtlinge und Nationales wurden von der Union ja aufgegriffen und ohne Leitmotiv und Alleinstellungsmerkmal bleibt die AfD möglicherweise unter der 10%-Marke. Wir sollten jedoch nicht verkennen, dass die massenhafte Verbreitung der genannten Reizthemen⁸ eine polarisierende Wirkung auch ohne akute Krise haben kann. Man kann auch für eine AfD im Standby-Modus von einer doppelten Mobilisierung, der eigenen Anhängerschaft und der eher bürgerlichen Unionwählerschaft, ausgehen.

Die Linke – das volle Programm für die ganze Mannschaft

Im Westen, so fand die Partei in Fokusgruppen heraus, zweifelt man daran, dass KORREKTUR (18.8.) : Durch ein technisches Versehen sind in der Druckfassung dieses Beitrags sowie in den vor dem 19.8. verbreiteten verbreiteten e-Fassungen (pdf u. html) die Fussnoten nicht enthalten.

gen Zuwanderung und Asyl gerichtete Motive („Bunte Vielfalt?“ – Haben wir schon. „Neue Deutsche?“ – Machen wir selber) sowie das Europathema („Euro-Rettung?“ – Nicht um jeden Preis!) entschieden.

Auf den Großflächen kommen ein F-

KORREKTUR (18.8.) : Durch ein technisches Versehen sind in der Druckfassung dieses Beitrags sowie in den vor dem 19.8. verbreiteten verbreiteten e-Fassungen (pdf u. html) die Fussnoten nicht enthalten.

1 Blom, Philipp: Was auf dem Spiel steht, Carl Hanser Verlag, München 2017

2 Oakesshott, Michael: Zuversicht und Skepsis, Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, S. 228ff.

3 [http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/oesterreich-sebastian-kurz-wahl-partiechef-oepv-volkspartei-bundesparteiobmann 4](http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-07/oesterreich-sebastian-kurz-wahl-partiechef-oepv-volkspartei-bundesparteiobmann-4) CMYK steht in der Werbung für Cyan, Magenta, Yellow und den Schwarzanteil Key.

5 Meves, Helge/Krüger, Marian: Ein Regierungsprogramm gegen Selbstzweifel, Sozialismus 7-8/2017, S. 38-40.

6 Kaman, Matthias: Grüne Negativ-Botschaften gegen den Zeitgeist, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166891885/Gruene-Negativ-Botschaften-gegen-den-Zeitgeist.html>

7 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/juli/vor-der-bundestagswahl-mehr-zahl-der-deutschen-lehnt-populistische-positionen-ab/>

8 Aus dubiosen Quellen europaweiter rechter Netzwerke werden wieder Millionen in Massenverteilmaterialien zur Unterstützung der AfD fließen (siehe den Bericht in der TAZ, Rechter, als die „Bild“ erlaubt“ vom 13.07.2017).



die Reederei sich um ihr Schiff noch kümmert, im Osten rechnet man damit noch weniger und wirft die Prospekte ungelesen weg. So sah man sich darin bestärkt, wie bereits bei der letzten Bundestagswahl sich selbst als politische Mannschaftsvertretung anzubieten. Die Liste der Forderungen ist ebenfalls nicht neu und stand auf den Plakaten 2013 zu lesen. Neben den sogenannten Brot- und Butter-Themen „Sichere Jobs“, „Kinderarmut“, „Rente mit Niveau“, „Bezahlbare Mieten“ und „Mehr Personal in Gesundheit und Pflege“ sollen die Superreichen zahlen, die Nazis die Fresse halten und Deutschland keine Waffen verhökern.

Interessant ist, was von den Aufregerthemen der Zeit nicht vorkommt: Flüchtlingsfrage, Europa und Sicherheit. Auch die Wirtschaft ist der Partei kein eigenes Plakat wert.

Man wird mit den Brot- und Butter-Themen sicherlich in direkte Konkurrenz mit der SPD geraten, aber das nimmt die Partei in Kauf. Bei den linken Seelen-Themen Reichensteuer, Waffenexporte und Antifaschismus ist keine Konkurrenz zu befürchten. Die Mischung von beidem könnte attraktiv sein, weil die Linke nicht das Problem der SPD, den nagenden Zweifel an Martin Schulz, hat.

Das Problem der Partei ist sicherlich, dass, ohne wirkliche Machtoption und auch vom Resonanzverlust der Parteien, der Politik betroffen, Aufmerksamkeit für die Werbung erst wieder hergestellt werden muss. Daher die Abkehr vom Typoplakat und das Prinzip, auf den Themenplakaten mit Begriffen positiver Valenz auf das Thema hin zu führen. Auch der personale Einsatz der Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht und des Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch sollen für eine positive Resonanz der Kampagne sorgen.

Die Botschaft ist deutlich: Es darf kein Weiterso geben und die Missstände müssen beseitigt werden. ■

Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung – Arbeitsgemeinschaft der Linken – Sommerschule 2017 Erfurt, Do 10.8. bis Sa 12.8.

• Kurs Philosophie: Kultus ist Ländersache! Religionsverfassung und Gewaltenteilung

• Kurs Wirtschaft + Internationales: EU-Projekte und die Sicht der anderen: Frankreich.

Ausführliche Informationen zum Programm <https://tinyurl.com/argesommer17>

9. OKTOBER
1981
FRANKREICH

Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich

Die Abschaffung der Todesstrafe durch das Gesetz 81.908 vom 9. Oktober 1981 markierte das erfolgreiche Ende eines 190-jährigen Kampfes gegen diese Rechtspraxis in Frankreich. Nachdem Francois Mitterand mit dem erklärten Ziel ihrer Abschaffung zum Präsidenten gewählt worden war, wurde dies im September nach aufsehenerregenden Debatten in der Nationalversammlung (mit Dreiviertelmehrheit) und im Senat beschlossen. Federführend und treibende Kraft war der „Garde des Sceaux“ (Siegelbewahrer) und Justizminister Robert Badinter, der zuvor als Anwalt bereits viele Jahre gegen die Todesstrafe gekämpft hatte.

Seinen Ursprung hatte die Kritik an der inhumanen Strafpraxis im 18. Jahrhundert in Schriften des Italiener Cesare Beccaria, die u.a. von d'Alembert und Voltaire rezipiert und kommentiert wurden.

In der Debatte der Constituante 1791 trat u.a. Maximilien Robespierre gegen die Todesstrafe auf:

„Ein Gesetzgeber, der den Tod und grausame Strafen weicheren Mitteln vorzieht, die in seiner Macht liegen, beleidigt das Gefühl des Volkes und schmälert sein moralisches Empfinden.“

Die Versammlung beschloss jedoch mit großer Mehrheit, diese beizubehalten, sie jedoch einheitlich durch Enthauptung durchzuführen und die Folter ab-

zuschaffen. Der Hinrichtung von Louis XVI. („Bürger Louis Capet“), der auch Robespierre zustimmte, folgte die Periode des Terrors 1793–94, in der über 35 000 Menschen guillotiniert wurden. Am Ende fielen ihr auch Robespierre und St. Just zum Opfer. Danach beschloss der Konvent 1795 erstmalig, die Todes-



„Théodore Géricault verabscheute die Todesstrafe. Seine Porträts von bei Hinrichtungen abgetrennten Köpfen bannen den unwirklichen Moment zwischen Leben und Tod.“ www.schirn.de/magazin/kontext/die_koepfe_rolling/

Zu den Werken Jean-Louis André Théodore Géricault (* 26. September 1791 in Rouen, Frankreich; † 26. Januar 1824 in Paris) zählt auch das berühmte Bild „Floß der Medusa“.

strafe abzuschaffen, allerdings erst „am Tage, da der allgemeine Frieden verkündet werden würde.“ Diese bedingte Abschaffung wurde in der napoleonischen Gesetzgebung 1810 wieder aufgehoben,

ohne jemals eingetreten zu sein.

Nachdem in der Zeit der „Juli-Monarchie“ von 1830–38 zahlreiche Parlamentsinitiativen und Petitionen gegen die Todesstrafe ergebnislos geblieben waren, wurde die Todesstrafe von der Provisorischen Regierung der 2. Republik 1848 für politische Vergehen abgeschafft. Im Herbst desselben Jahres scheiterte eine Initiative für die vollständige Abschaffung, deren Wortführer Victor Hugo war, in der verfassunggebenden Versammlung. Er appellierte an die Versammlung:

„Sie haben soeben die Unverletzlichkeit der Wohnung proklamiert, wir fordern Sie auf, eine noch höhere und heiligere Unverletzlichkeit zu verkünden: die Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens! (...) Seit dem Februar hat das Volk einen großen Gedanken: Am Tage, nachdem es den Thron verbrannt hat, will es auch das Schafott verbrennen!“ Der spanische Politiker und katholische Royalist Juan Donoso Cortés, der Gesandter seines Landes in Berlin und später in Paris war, fasste die Ansichten der Reaktion zur Todesstrafe zusammen:

„Überall, wo die Todesstrafe abgeschafft wurde, hat die Gesellschaft aus allen Poren Blut geschwitzt. Ihre Abschaffung im Königreich Sachsen folgten jene großen und erbitterten Maikämpfe, die den Staat bis an den Rand des Todes brachten, bis zu dem Punkt, an dem zu seiner Rettung eine auswärtige Intervention notwendig

Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Europäische Menschenrechtskonvention

Am 4. November 1950 beschloss der Europarat mit ausdrücklichem Bezug zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet worden ist, die *Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten*. (Europäische Menschenrechtskonvention). Artikel 2 formuliert das Recht auf Leben, und ab 2002 mit entsprechenden Anpassungen explizit die Abschaffung der Todesstrafe.

„Die Erzählung von der Abschaffung der Todesstrafe funktioniert als Narrativ von der schmerzhaften Wiedergeburt Europas, das seine moralische Führungsrolle zurückgewonnen habe und den so leidvoll erworbenen Erkenntnisgewinn niemals aufgeben dürfe,“ führt Armin



Heinen in einer Untersuchung aus. „Ihre eigentliche Bedeutung erhielt die Vereinbarung 1989 mit dem Umbruch im Osten Europas. Kein anderer gesetzgeberischer Akt vermochte die neue Zeit und den Vorrang des Einzelnen gegenüber staatlicher Willkür in ähnlicher Weise auszudrücken wie der Verzicht auf die Todesstrafe.“ „Nach außen symbolisierte der Verzicht

„Die Mitgliedstaaten des Europarats, die dieses Protokoll unterzeichnen (...) haben Folgendes vereinbart: **Artikel 1 – Abschaffung der Todesstrafe.** Die Todesstrafe ist abgeschafft. Niemand darf zu dieser Strafe verurteilt oder hingerichtet werden. **Artikel 2 – Verbot des Abweichens.** Von diesem Protokoll darf nicht nach Artikel 15 der Konvention abgewichen werden. **Artikel 3 – Verbot von Vorbehalten.** Vorbehalte nach Artikel 57 der Konvention zu diesem Protokoll sind nicht zulässig.“ www.menschenrechtskonvention.eu/protokoll-nr-13-ueber-die-vollstaendige-abschaffung-der-todesstrafe-9281/

auf die Todesstrafe jedenfalls den Bruch mit der totalitären Vergangenheit, die begrenzte Macht des Staates, akzeptierte nun das Rechtssystem die Fehlbarkeit des Menschen, sowohl des Verbrechers wie der Gerichte, und stand das Verbot der Kapitalstrafe für den Willen, Europa zugehören zu wollen.“

Eva Detscher, Karlsruhe

Quelle: Armin Heinen: Das „neue Europa“ und das „alte Amerika“. Die Geschichte der Todesstrafe in Deutschland, Frankreich und den USA und die Erfindung der zivilisatorischen Tradition Europas. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clio-online.de/essay/id/artikel-3313>



Victor Hugo „Der letzte Tag eines Verurteilten“

1829 veröffentlicht Victor Hugo die Schrift „Der letzte Tag eines Verurteilten“. Sie besteht aus einer Einleitung, die Hugo erst am 15. März 1832 hinzufügt und der Ich-Erzählung des zum Tode Verurteilten.

Über seinen Namen und die Tat erfährt der Leser nichts. Seit mehr als fünf Wochen sitzt er ein in Bicetre – einem Gefängnis in der Nähe von Paris. Das Zeitgefühl hat er verloren. In der sechsten Woche soll die Hinrichtung erfolgen. So sehen es die Regeln vor. Dramatisch die eindrucksvolle, fesselnde Schilderung, die Gedanken des Verurteilten: die immer wiederkehrenden Hoffnungen auf Umkehr, auf Begnadigung; die Träume und Erinnerungen, die ihn in der Zelle ständig befallen.

In der 1832 verfassten Einleitung schreibt Victor Hugo: „Der letzte Tag eines Verurteilten“ ist nichts anderes als eine Schrift gegen die Todesstrafe ... Ich kenne kein ehrenvollereres, kein edleres Ziel als dieses, die Abschaffung der Todesstrafe.“ Er bedauert zutiefst, dass die Julirevolution 1830 die Abschaffung der Guillotine nicht durchsetzen konnte. „Der soziale Bau der Vergangenheit ruhte auf drei Säulen: dem Priester, dem König, dem Henker. Schon vor langer Zeit rief eine Stimme: Die Götter gehen davon! Kürzlich rief es: Die Könige gehen davon! Es ist an der Zeit, dass eine dritte Stimme sich erhebt und spricht: Der Henker geht davon!“ Fast eineinhalb Jahrhunderte Auseinandersetzungen mussten noch vergehen bevor die Todesstrafe in Frankreich abgeschafft wurde.

Matthias Paykowski, Karlsruhe

* Victor Hugo, Der letzte Tag eines Verurteilten, In der Fassung Edition Thomas Anker 2015.

Victor Hugo: „Mit Freuden greife auch ich zur Axt, um die Kerbe zu vertiefen, die vor 66 Jahren Beccaria in das Schandgerüst geschlagen hat.“ Abb: Cesare Beccaria, Dei delitti e delle pene – Über Verbrechen und Strafen. 1764. (Titelblatt)

Quelle: wikiwand.com/de/Todesstrafe#/Frankreich

war.“ (Anm. d. Verf.: Gemeint ist die „Dresdener Mairevolution“ von 1849, die von preußischen Truppen niedergeworfen wurde.)

„Ihrer Abschaffung durch die provisorische Regierung der französischen Republik folgten jene furchtbaren Junitage, die mit all ihren Schrecken ewig fortleben werden im Gedächtnis der Menschen, (gemeint ist der Massenauftand in Paris 1848, der blutig unterdrückt wurde) (...) Nun, wenn eine Sache für mich offenkundig ist, dann die, daß die Abschaffung der einen Todesstrafe (für politische Vergehen) die Abschaffung der anderen in mehr oder minder kurzer Zeit nach sich zieht (...) Wer die Todesstrafe in dem einen wie dem anderen Falle als übertrieben besiegt, der hebt damit auch jegliche Strafbarkeit für geringere Verbrechen auf.“

In den Jahren des zweiten Kaiserreichs unter Louis Napoléon werden alle Initiativen und Petitionen gegen die Todesstrafe abgewiesen. Die Abschaffung der Strafe aus politischen Gründen wird jedoch bestätigt. In der Zeit der Dritten Republik (1870-1940) bleiben Gesetzesinitiativen erfolglos. Allerdings begnadigte Präsident Armand Fallières im ersten Jahr seiner Amtszeit (1906-1913) systematisch alle zum Tode Verurteilten. Ein spektakulärer Mordfall und eine heftige Pressekampagne vereiteln den Erfolg der Gesetzesinitiative des Justizministers Aristide Briand, die vom So-

zialistenführer Jean Jaurès unterstützt wurde. Haupt-Gegenredner war Maurice Barrés, ein nationalistischer Politiker und Schriftsteller, der in der Kampagne gegen Dreyfus führend gewesen war. Ab 1909 setzte die Hinrichtungspraxis wieder ein. Nach der Hinrichtung des deutschen Mörders Weidmann im Juni 1939, als es zu Exzessen der Schaulustigen und der Presse kam, wurde die Praxis der öffentlichen Exekutionen beendet.

Zur Zeit des Vichy-Regimes wurden erstmals seit 1887 auch Frauen wieder hingerichtet, darunter solche, die abgetrieben hatten, da General Pétain sie nicht begnadigte. Einer dieser Fälle bildete die Grundlage für den Film „Eine Frauensache“ von Claude Chabrol. Während der Vierten Republik von 1946 bis 1958 bleiben acht Gesetzesinitiativen zur Abschaffung ohne Erfolg. Während der Fünften Republik seit 1958 verstärkte sich die Kritik an der Todesstrafe, konnte aber gegen die Mehrheiten der Gaullisten und konservativen Parteien nicht durchgesetzt werden. Einflussreich war die Schrift „Die Guillotine“ von Albert Camus, in der er die Todesstrafe kritisiert.

„Die Vergeltung gehört in den Bereich der Natur und des Triebs, nicht in den des Gesetzes. Das Gesetz kann seinem Wesen nach nicht den gleichen Regeln gehorchen wie die Natur. Wenn der Mord in der Natur des Menschen liegt, ist das Gesetz nicht dazu da, diese Natur nachzuhahmen. Es ist dazu da, sie zu bessern. Die Vergeltung aber be-

schränkt sich darauf, eine bloße Regelung der Natur zu bestätigen und ihr Rechtskraft zu verleihen.“

Nachdem der Anwalt Robert Badinter 1972 miterleben musste, wie sein Mandant Bontems hingerichtet wurde, obwohl er die ihm und seinem Komplizen zur Last gelegten Morde nicht begangen hatte, wurde er zum entschiedenen Streiter gegen die Todesstrafe. In einem aufsehenerregenden Prozess gelang es ihm 1977, die Geschworenen davon zu überzeugen, den überführten Kindermörder Patrick Henry nicht der Guillotine zu überantworten. Nachdem er weitere Angeklagte vor der Todesstrafe bewahrt hatte, sah er sich wachsenden Anfeindungen, auch antisemitischer Art ausgesetzt. (Sein Vater war während der Besatzungszeit deportiert und 1944 im KZ Sobibor ermordet worden, der Rest der Familie konnte sich retten.) Erst 1981, nach der Wahl Mitterands konnte er als Justizminister der sozialistischen Regierung Mauroys die „Abolition“ endgültig durchsetzen. Frankreich war zu diesem Zeitpunkt nach dem Ende des Franco-Regimes das letzte westeuropäische Land gewesen, in dem die Todesstrafe noch existierte. 2002 unterzeichnete Frankreich das Protokoll Nr. 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention bezüglich der bedingungslosen Abschaffung der Todesstrafe. 2005 wurde das Verbot der Todesstrafe in die französische Verfassung aufgenommen.

Ulli Jäckel, Hamburg

Inhalt**Aktuelles**

Konfliktmineralien, Kobalt, Kongo • „Die Erinnerung ist die Voraussetzung für eine Versöhnung.“ Zum Tode von Simone Veil	2
Die deutsche Türkeipolitik in der Krise	3
Mahnwache des Widerstands und Neun-Punkte-Deklaration der HDP	4
An sorgfältiger Sach- und Detailarbeit und mühsamen Verhandlungen über einen „weichen“ Brexit führt wohl kein Weg vorbei	5
Neue Agenda für Europa? – Auch die LINKE sollte sich stärker einmischen	6
Auslandsnachrichten	8
UN-NGOs gegen Privatisierung • Österreich: Einigung bei Mindestlohnverhandlungen • Schweiz: Elektriker streiken für ihren Lohn • Serbien: Streik gegen Niedriglöhne • Südafrika: Gericht bestätigt Verbot von Leiharbeit • Bangladesch: Explosion in einer Textilfabrik • Südkorea: Verurteilung von Gewerkschaftsführern • Malaysia: Hotelarbeiter verteidigen Lohnrechte • Peru: Bergleute rufen zum nationalen Streik auf	
G 20 in Hamburg: 76 000 mal Hoffnung	11
Bildbericht	
Und jetzt? Kommentar	
Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Kommunen, Landes- und Bundespolitik bei der Stadtplanung	14
„10 Jahre Leipzig-Charta – für eine nachhaltige europäische Stadt“ • Deutscher Städteitag verabschiedet „Nürnberger Erklärung“ • Bündnis für Wohnen und Bauen muss fortgesetzt werden • Städtetag zur Bilanz Wohnungsbau-Offensive • Landkreistag gegen Änderung des Grundgesetzes für sozialen Wohnungsbau • Deutscher Bauherrenpreis 2018 • Planungspraxis deutscher Städte • Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben	
IAO-Empfehlung zu Krisen und Migration	16
Der Kampf der AfD gegen die herrschende politische Kultur	18
Die Parteien am Point of Sale	19
Kalenderblatt 1981: Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 31. August 2017. Redaktionsschluss: Freitag, 25. August. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2017: 31. Aug., 12. Okt., 9. Nov., 7. Dez.



Neu bei Rosa Luxemburg Stiftung: Horst Kahrs, Die Landtagswahlen 2014-2017: Bewegung und Stabilität in den regionalen Parteisystemen und das Wahlverhalten von Arbeitern

In der Einführung schreibt der den Lesern der Politischen Berichte bekannte Autor von Wahlachtberichten Horst Kahrs ihn hätten im Rückblick mehrere Fragen interessiert. Wir zitieren einige und fügen dazu zusammengefasst jeweils seine Antworten ein. Die mit ausführlichen Grafiken und Tabellen belegte Untersuchung kann bei www.rosalux.de oder bei www.horstkahrs.de als Pdf-Datei heruntergeladen werden:

Was sagen die Landtagswahlergebnisse hinsichtlich der Annahme, dass die Offenheit der Wahlberechtigten für andere Parteien zunimmt und auch der tatsächliche Wechsel (Volatilität)? Gibt es eine politische Richtung, in die Offenheit und Volatilität tendieren?

Antwort: „Bei allen zwölf Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2013 sinkt der Anteil der Stamm- bzw. Wiederwählerinnen und -wähler, hierunter auch der Anteil derjenigen, die immer die gleiche Partei wählen. Die Bereitschaft, die Parteipräferenz zu wechseln steigt, die Offenheit für andere Parteien wächst, die Parteibindung bzw. die Haltung, dass man nur auf eine bestimmte Partei vertrauen kann, nimmt ab.“

Trifft die Annahme zu, dass es der AfD gelungen ist, die „Abhängigen“ zu mobilisieren?

Antwort: „Nimmt man die Beteiligung an Bundestagswahlen als Maßstab für die Verbreitung des allgemeinen wahlpolitischen Interesses in der Bevölkerung, so kann, jenseits von Einzelfällen, nicht von einer generellen Mobilisierung von Dauernichtwählern durch die AfD, von einem Einbruch ins „Lager der Nichtwähler“ gesprochen werden. Die jüngsten Landtagswahlen waren, um mit dem Titel einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zur NRW-Wahl zu sprechen, „populär“, blieben aber sozial „prekär“. Die Schere in der Wahlbeteiligung geht weiter auseinander und damit der Umschlag von sozialer Ungleichheit in politische Ungleichheit.“

Trifft es zu, dass vor allem die AfD Nichtwähler erreichte? Wer profitierte von der ab 2016 gestiegenen Wahlbeteiligung?

Antwort: „Die Parteien links der Mitte können seit Jahren (hier: ab 2013) nur unterdurchschnittlich vormalige Nichtwähler für sich begeistern. Für die Parteien „rechts der Mitte“ zeigt sich im gesamten Zeitraum seit der Bundestagswahl – mit Ausnahme der Bürgerschaftswahl in Hamburg – eine stärkere Mobilisierung von früheren Nichtwählern als bei Linke, SPD und Grünen zusammen – auch hier

gibt es für einzelne Parteien bei einzelnen Wahlen Ausnahmen. Die Linke schnitt unter ehemaligen Nichtwählern – Ausnahme: Hamburg – regelmäßig schlechter ab als im Wahlergebnis insgesamt.“

Ist die AfD die neue Arbeiterpartei? Wie setzen sich die Stimmen für die AfD sozial und politisch zusammen?

Antwort: „Die diversen Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft vermitteln ein uneinheitliches Bild – je nach Zeitpunkt der Erhebung. Offensichtlich verändert sich die Anhängerschaft je nach politischer Konjunkturlage. Gleichwohl: die Unterschiede bilden ein Spektrum ab, welches für eine national-populistische Partei erreichbar ist, in der Sprache der Wahlforscher: ein „Potenzial“.“

Was wählen überhaupt „Arbeiter“? Um diese Frage beantworten zu können, ist eine längere Beschäftigung mit der Frage notwendig, wer das in den Statistiken überhaupt ist: „Arbeiter“. Untersucht wird dann das aktuelle Wahlverhalten von erwerbstätigen Arbeitern vor historischem Hintergrund.

Antwort: „Grundsätzlich gilt: Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, sozialem Status, ideologischer Orientierung („politischem Milieu“) einerseits und aktuellem Wahlverhalten andererseits wird lockerer. Konnte man bei Landtagswahlen vor 30 oder 40 Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% „vorhersagen“, dass ein „Arbeiter“ die SPD wählen würde, so trifft das in der Gegenwart für Parteipräferenzen nicht mehr zu.“

Zum Schluss wird gefragt, wie sich die Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit der Linkspartei in den Ländern in den vergangenen zehn Jahren verändert hat.

Antwort: „In allen Bundesländern, in denen nach der letzten Bundestagswahl Länderparlamente gewählt wurden, hatte Die Linke gegenüber der Bundestagswahl zum Teil deutliche Wähleranteile verloren.“

Und als interessanter Hinweis: „Am Beispiel NRW wird deutlich: die gestiegene Wahlbeteiligung geht an der Linken vorbei, die Stimmengewinne sind dort stärker, wo die Partei bei der Wahl 2012 auch stärker war.“ Die Linke profitiert nicht von starken Verlusten der SPD, im Gegenteil: je höher die SPD-Verluste, desto niedriger die Gewinne für Die Linke. Anders bei den Grünen: hier gibt es einen starken Zusammenhang – je höher die Verluste der Grünen, desto stärker die Gewinne für Die Linke.